

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

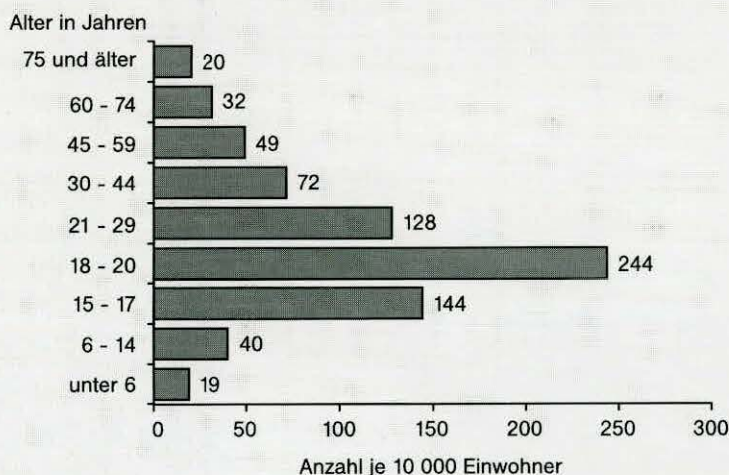
September

Oktober

November

Dezember

Im Straßenverkehr Verunglückte 1999 nach Altersgruppen



Inhalt

Regionale Schülerprognose bis zum Schuljahr 2012/13 Teil 1: Modellannahmen, Ersteinschulungen, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen	173	Das Modell der regionalen Schülerprognose für die allgemein bildenden Schulen wurde auf Basis des Schuljahres 1997/98 aktualisiert. Neben den Grundannahmen des Prognosemodells wird die erwartete Entwicklung bei den Ersteinschulungen, den Grundschulen sowie den Übergängen auf weiterführende Schulen dargestellt. Danach sinken die Schülerzahlen an den Grundschulen gegenüber dem Basisschuljahr kontinuierlich um fast 24% auf 144 000 im Schuljahr 2012/13.
Unfallbilanz 1999	180	Die Zahl der Verletzten bei Verkehrsunfällen ist 1999 wieder gestiegen. Der Beitrag untersucht die Unfallursachen sowie zeitliche Konzentrationen von Straßenverkehrsunfällen und die Frage, welche Verkehrsteilnehmer häufiger verunglücken.
Aufbau eines amtsweiten Kommunikationsnetzes im Statistischen Landesamt	186	Durch den Aufbau eines lokalen Netzes (LAN) waren die Voraussetzungen für ein amtsweites Kommunikationssystem zu schaffen. Mit dem Beitrag werden Implementation und Nutzungsmöglichkeiten der neu geschaffenen Infrastruktur vorgestellt.
Kurzbeiträge	191	Erwerbstätigkeit 1991 bis 1999 – Neuberechnete Länderergebnisse –
Anhang	65*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Ein Drittel aller Unfallopfer ist zwischen 18 und 29 Jahre alt

Im Jahr 1999 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz knapp 124 000 Straßenverkehrsunfälle, darunter 19 405 mit Personenschaden. Dabei wurden 383 Verkehrsteilnehmer getötet, 5 947 schwer und 19 800 leicht verletzt.

Opfer von Straßenverkehrsunfällen waren zum überwiegenden Teil jüngere Menschen. Dies lässt sich an der Verunglücktenquote, das ist die Zahl der getöteten oder verunglückten Verkehrsteilnehmer bezogen auf die Bevölkerungszahl, ablesen.

Die mit Abstand höchste Quote ergab sich mit 244 getöteten oder verletzten Personen je 10 000 Einwohner für die 18- bis 20-jährigen Verkehrsteilnehmer. An zweiter Stelle lagen die 15- bis 17-Jährigen (144), gefolgt von den 21- bis 30-Jährigen (128). Ebenfalls relativ hoch und über dem Durchschnitt aller Altersgruppen war der Wert für die 30- bis 45-jährigen Personen, während für alle übrigen Alterskategorien merklich niedrigere Zahlen ermittelt wurden. Die niedrigsten Quoten errechneten sich für Kinder unter 6 Jahren (19) und Senioren über 74 Jahre (20). gü

Mehr über dieses Thema auf Seite 180.

Bis zum Schuljahr 2012/13 erheblich weniger Erstein-schulungen und Grundschüler

In ihrer jetzt aktuell vorliegenden Fassung vermittelt die regionale Schülerprognose eine Vorausschau bis zum Schuljahr 2012/13. Datengrundlage bilden die Zahlen der Schulstatistik bis zum Schuljahr 1997/98 sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose zum Basisjahr 1997. Neben den Grundannahmen des Prognosemodells umfasst die Kommentierung der Ergebnisse die künftige Entwicklung bei den Erstein-schulungen, der Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen sowie dem Übergangsverhalten von der Primarstufe in die Sekundarstufe I. Über die prognostizierten Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen nach Schularten sowie die Entwicklung der Zahl der Schulabgänger nach Art des schulischen Abschlusses wird zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

Die Zahl der Erstein-schulungen stieg seit Mitte der 80er-Jahre fast durchgängig an, mit besonders hohen Zuwachsraten zunächst in den Schuljahren 1986/87 und 1987/88, später nochmals von 1992/93 bis 1994/95. Im Basisschuljahr 1997/98 wurde der Höhepunkt mit 47 272 Erstein-schulungen erreicht. Vom

Schuljahr 1998/99 an ist eine Trendumkehr zu erwarten, die sich von einem zwischenzeitlichen kurzfristigen Anstieg unbeeinflusst zunächst bis zum Schuljahr 2012/13 mit schließlich weniger als 35 000 Schulanfängern fortsetzen wird.

Bei den Grundschulen war ebenfalls im Basisschuljahr 1997/98 mit 188 700 Schülern der voraussichtliche Höchststand zu beobachten. Danach sinken die Schülerzahlen kontinuierlich um fast 24 % auf 144 000 im Schuljahr 2012/13, was tendenziell zu erheblichen Entlastungen bei der Unterrichtsversorgung führen wird. Betrachtet man die Gesamtzahl der prognostizierten Übergänge auf die weiterführenden Schulen, so ist von 44 252 ausgehend bis zum Schuljahr 2000/01 noch mit einem leichten Zuwachs zu rechnen. Danach setzt auch hier ein starker Rückgang um 18,2 % auf etwa 36 200 Schülerübergänge am Ende des Schuljahrs 2011/12 ein. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 173.

Aufbau eines amtsweiten Kommunikationsnetzes im Statistischen Landesamt weitestgehend abgeschlossen

Ab dem Jahr 1995 wurden die Verkabelungs- und Vernetzungsstrukturen im Statistischen Landesamt sukzessive auf eine neue, einheitliche und leistungsfähige Plattform auf der Basis einer strukturierten Verkabelung umgestellt.

Parallel dazu wurden vorhandene Bildschirmterminals durch PC-Systeme ersetzt und an dieses neue Netzwerk angebunden. Die Hardware- und Software-ausstattung der Workstation-Systeme wurde mit der Netzanbindung vereinheitlicht.

Auf derzeit insgesamt 16 verschiedenen Serversystemen steht eine Vielzahl von Dienstleistungen – z. B. File-Server-Dienste, Mail-Funktionalitäten, Großrechneranbindung, Betrieb eines INTRANETS und INTERNET-Zugang – zur Verfügung, die letztlich den Nutzen dieser neu geschaffenen Infrastruktur darstellen. rü

Mehr über dieses Thema auf Seite 186.

Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2000 rückläufig

Im ersten Halbjahr des Jahres 2000 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden deutlich weniger neue Wohngebäude und Wohnungen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Insgesamt wurden von Januar bis einschließlich Juni Baufreigaben für

6 251 neue Wohngebäude erteilt, das sind 12% weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres (7 113 Wohngebäude). In den neu geplanten Wohngebäuden liegen 9 184 Wohnungen – ein Minus von 16% gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 (10 901 Wohnungen).

Der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen betraf alle Gebäudearten. Die Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser gingen im Halbjahresvergleich um knapp 10% von 5 362 auf 4 836 zurück. Für den Bau von neuen Zwei- und Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) wurden 1 031 bzw. 383 Genehmigungen erteilt. Das sind rund 17 bzw. 24% weniger als im ersten Halbjahr 1999 (1 246 bzw. 503).

Die kalkulierten Neubauinvestitionen im Wohnungsbau beliefen sich bis Ende Juni auf 2,85 Mrd. DM. Gegenüber Januar bis Juni 1999 (3,24 Mrd. DM) sank die Summe der veranschlagten Baukosten um rund 12%. hes

Hohe Getreideernte dank Zunahme der Anbauflächen

Nach einem frühen Start Ende Juni und einer langen Unterbrechung durch die anschließende Regenperiode konnte die Getreideernte in Rheinland-Pfalz im August unter größtenteils günstigen Bedingungen eingebracht werden. Mit 1,49 Mill. t wird die Vorjahresmenge vor allem aufgrund größerer Anbauflächen (+3%) um knapp 5% überschritten. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre bedeutet das eine Zunahme von 2%. Winterweizen hat mit 44% den größten Anteil an der Erntemenge, gefolgt von der Sommergerste mit 25%.

Der durchschnittliche Flächenertrag lag nach den bisher ausgewerteten Volldruschen aus der Besonderen Erntermittlung mit 59 dt/ha auf dem Niveau der Vorjahre. Aufgrund der extremen Witterungsverhältnisse sind jedoch größere regionale Ertragsunterschiede festzustellen. Außer bei der Wintergerste wurde bei allen Getreidearten der sechsjährige Durchschnitt übertroffen. Die durchschnittlichen Hektarerträge der beiden anbaustärksten Getreidearten Winterweizen (68 dt) und Sommergerste (51 dt) weichen nur geringfügig von den Vorjahreswerten ab. Roggen (60 dt) und Hafer (50 dt) erzielten dagegen bessere Erträge. Die Flächenleistung der Wintergerste (54 dt) blieb in erster Linie wegen der Probleme bei der verzögerten Ernte deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Die Qualitäten insbesondere bei Weizen und Roggen haben nach ersten Untersuchungen vor allem in den Frühlingsdruschgebieten deutlich unter der regnerischen Juliwitterung gelitten. po

Erfreuliches Halbjahresergebnis für den rheinland-pfälzischen Tourismus

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe konnten ihre Gästezahlen gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 um 5,4% auf fast 3 Mill. steigern. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von drei Tagen nahmen die Übernachtungen um 4,4% auf 8,8 Mill. zu.

Die meisten Übernachtungen (2 Mill.; +10%) verbuchten die Beherbergungsbetriebe in der Fremdenverkehrs- und Weinbauregion an Mosel und Saar. Mit mehr als 1,8 Mill. Übernachtungen (+5,1%) folgte das Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr. In der Pfalz freute sich die Tourismusbranche über einen Übernachtungszuwachs von 2% auf mehr als 1,7 Mill. In der Region Hunsrück/Nahe/Glan wurden über 1 Mill. Übernachtungen (+3%) gezählt. Im Rheintal war das Übernachtungsvolumen mit 877 000 gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 unverändert. Das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus musste einen Rückgang um 1,9% auf 751 000 Übernachtungen hinnehmen. In Rheinhessen war bei fast 580 000 Übernachtungen mit +9,1% die zweithöchste Steigerungsrate der sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete zu registrieren. el

Industriearbeiter arbeiten mehr

Die gute Auftragslage der rheinland-pfälzischen Industrie führte im ersten Halbjahr 2000 zu höheren monatlichen Arbeitszeiten der Industriearbeiter. Nach vorläufigen Berechnungen musste ein Arbeiter durchschnittlich 135 Std. pro Monat arbeiten. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1999 waren das 2 Std. mehr. Als Arbeiterstunden gelten nur die tatsächlich geleisteten Stunden, das heißt, Ausfallzeiten – auch wenn sie bezahlt werden – bleiben unberücksichtigt. fu

Viel Wohnfläche für Einpersonen-Haushalte

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom April 1998 lebten 36% der Einpersonen-Haushalte – unberücksichtigt sind diejenigen in Wohnheimen – als Eigentümer in ihren Wohnungen. Fast jeder vierte Einpersonen-Haushalt bewohnte ein Einfamilienhaus. Im Durchschnitt standen den Single-Haushalten mit Eigentum 95 m² Wohnfläche zur Verfügung, bei den Mietern waren es 63 m². hw

Regionale Schülerprognose bis zum Schuljahr 2012/13

Teil 1: Modellannahmen, Ersteinschulungen, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen

Die regionale Schülerprognose des Statistischen Landesamtes ist ein auf der Bevölkerungsprognose aufbauendes Rechenmodell, mit dem die verschiedenen Wege simuliert werden, auf denen Schülerinnen und Schüler das System der allgemein bildenden Schulen in Rheinland-Pfalz durchlaufen können. In ihrer jetzt aktuell vorliegenden Version umfasst sie einen Prognosezeitraum bis zum Schuljahr 2012/13. Datengrundlage bilden die Zahlen der Schulstatistik bis zum Schuljahr 1997/98 sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose zum Basisjahr 1997. Als Rechenergebnis liefert das Modell die aufgrund der getroffenen Annahmen voraussichtlich zu erwartende Anzahl von Schülerinnen und Schülern an allgemein bildenden Schulen nach Klassenstufen und Schularten sowie von Schulabgängern nach der Art des Entlassungszeugnisses.

Die Kommentierung der Ergebnisse erfolgt in zwei Beiträgen:

- Teil 1 befasst sich mit der künftigen Entwicklung bei den Ersteinschulungen, der Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen sowie dem Übergangsverhalten von der Primarstufe in die Sekundarstufe I.
- Teil 2, der in einer der nächsten Ausgaben der Statistischen Monatshefte folgt, wird über die prognostizierten Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen nach Schularten sowie über die Entwicklung der Zahl der Schulabgänger nach der Art des schulischen Abschlusses berichten.

Die methodische Ausgestaltung des Rechenmodells wurde nach den letzten umfangreicheren Umstellungen bereits ausführlich beschrieben.¹⁾ Zum besseren Verständnis der Ergebnisse werden daher zunächst nur die wesentlichen Modellannahmen dargestellt und bei der anschließenden Kommentierung gegebenenfalls an den entsprechenden Stellen um notwendige methodische Erläuterungen ergänzt.

1) Eine ausführliche methodische Beschreibung des Prognosemodells findet sich bei Hauk, Matthias, Libowitzky, Hans: Regionale Schülerprognose Teil 1: Modellkonzeption, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/95, S. 32 ff. und Hauk, Matthias, Libowitzky, Hans: Regionale Schülerprognose Teil 2: Weiterführende Schulen und Schulentlassungen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 4/95, S. 93 ff.

Grundannahmen des Prognosemodells

Die regionalen Prognosen des Statistischen Landesamtes werden als Status-quo-Prognosen durchgeführt, d. h. es erfolgt die Grundannahme, dass gegenwärtige bzw. in der jüngeren Vergangenheit beobachtete Tendenzen auch in der Zukunft weiter gelten. Entsprechend der allgemeinen Zielsetzung, im öffentlichen Interesse Planungs- und Entscheidungsgrundlagen bereitzustellen, bleiben die Ergebnisse dadurch von individuellen Sichtweisen oder Zukunftseinschätzungen unbeeinflusst und objektiv nachvollziehbar. Bei der Interpretation und Bewertung der Ergebnisse sollte man sich daher dessen bewusst sein, dass in ein solches Rechenmodell an bestimmten Stellen unvermeidbar Annahmen eingehen, die sich nicht zwangsläufig erfüllen müssen, auch wenn sie derzeit plausibel erscheinen. Für die Schülerprognose werden die Verhaltensparameter zur Schätzung von Schülerströmen im Allgemeinen durch die beobachteten Werte eines dreijährigen Stützzeitraumes ermittelt und als konstant angenommen. Ebenso wird der Schulbestand des Basisjahrs für den gesamten Prognosezeitraum unverändert beibehalten, die Neueröffnung bzw. Schließung von Schulen wird im Modell nicht abgebildet. Auch Zu- und Fortzüge von Kindern und Jugendlichen im Schulalter werden im Modell nicht berücksichtigt. Aufgrund dieser Einschränkungen müssen bei der Verwendung der regional gegliederten Prognoseergebnisse gegebenenfalls auch lokalspezifische Faktoren zusätzlich einbezogen werden, die im Modell nicht enthalten sind und deshalb eine systematische Abweichung zwischen Vorausberechnung und Realisation herbeiführen können. Darüber hinaus kann ein Prognoseergebnis grundsätzlich immer nur eine unter den getroffenen Annahmen wahrscheinliche Entwicklung aufzeigen und darf nicht mit einer exakt ermittelbaren Zahl verwechselt werden.

Die regionale Schülerprognose deckt den Bereich der allgemein bildenden Schulen nahezu vollständig ab. Sie umfasst Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen, regionale Schulen, duale Oberschulen sowie die Schulen für Lernbehinderte. Die übrigen Schulformen der Sonderschule sind nicht einbezogen, weil sie eine überregionale Versorgungsfunktion erfüllen und daher kein Bedarf für eine Regionalprognose

besteht. Als zeitlicher Horizont der Prognose wird, in Anlehnung an die regionale Bevölkerungsprognose, eine Periode von 15 Jahren vorausberechnet.

Für Grundschulen und Sonderschulen sind feste Einzugsbereiche vorgeschrieben, die sich an den Verwaltungsgrenzen orientieren, sodass auf Kreisebene Schülerinnen und Schüler am Schulort und am Wohnort weitgehend identisch sind. Damit können auch die Übergänge von den Grundschulen wohnortbezogen prognostiziert werden; dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die regionale Verteilung der Übergänge auf die weiterführenden Schulen. Ein wichtiges Argument für den Kreis als räumliches Gliederungsprinzip ist außerdem die Notwendigkeit, die Prognose bei diesen beiden Schularten mit der Bevölkerungsprognose zu verknüpfen, in der ebenfalls der Kreis die kleinste regionale Einheit bildet. Für alle anderen Schularten ist dagegen eine tiefere regionale Gliederung nach einzelnen Schulen und ihren Einzugsbereichen vorgesehen. Dies liegt darin begründet, dass die Schülerprognose im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung den lokalen Schulträgern als Entscheidungshilfe zur Verfügung stehen soll.

Für die ersten Prognosejahre lassen sich bereits aus den bekannten Schülerbeständen und der Zahl der noch nicht schulpflichtigen Kinder zuverlässige Vorausschätzungen künftiger Schülerzahlen ermitteln. Für einen längeren Prognosezeitraum müssen allerdings Daten aus einer Bevölkerungsvorausschätzung verfügbar sein. Dies lässt sich für das Basisschuljahr 1997/98 anhand einer Untergliederung in vier Phasen verdeutlichen:

1. Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klassenstufe (i. d. R. Jahrgänge 1987 und älter),
2. Schülerinnen und Schüler an Grundschulen (i. d. R. Jahrgänge 1987 bis 1991),
3. noch nicht eingeschulte Kinder (i. d. R. Jahrgänge 1992 und jünger),
4. noch nicht geborene Kinder (Jahrgänge ab 1998).

Die vier Phasen stellen den Prognostiker vor unterschiedliche Herausforderungen. Die ersten drei Phasen werden dabei im Rahmen der Schülerprognose modelliert. Schülerinnen und Schüler, die schon die 5. Klassenstufe erreicht haben, durchlaufen im Rahmen des unten beschriebenen Fortschreibungsverfahrens ihre Schullaufbahn im Bereich der allgemein bildenden Schulen. Für Kinder, die sich bereits in der Grundschule befinden, muss darüber hinaus zusätzlich das Übergangsverhalten von der Primarstufe in die Sekundarstufe I ermittelt werden. Schließlich ist für die noch nicht eingeschulten Kinder zunächst der Zeitpunkt der Ersteinschulung zu prognostizieren, bevor sich die weiteren Bearbeitungsschritte im Rechengang der Schülerprognose anschließen. Um den gesamten Zeitrahmen von 15 Prognosejahren abbilden zu können, müssen außerdem die in der Bevölkerungsprognose ermittelten Kinderzahlen für die Jahrgänge ab 1998 ergänzt werden, um danach die weiteren Phasen zu durchlaufen.

2) Eine Übersicht über die langfristige Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz findet sich bei Ickler, Günter: Die Bevölkerungsentwicklung von 1950-2030, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2000, S. 1 ff.

Geburten und Ersteinschulungen

Ausgehend von weit über 60 000 Geburten in den 50er- und frühen 60er-Jahren kam es nach 1963 zu einem starken Einbruch bei der Zahl der Neugeborenen. Zu Beginn der 70er-Jahre waren zeitweise weniger als 35 000 Geburten jährlich zu verzeichnen. Seit der zweiten Hälfte der 80er-Jahre stieg die Geborenenzahl wieder an und erreichte 1990 einen Höchstwert von knapp 43 000. Der sich daran anschließende Rückgang wird sich fortsetzen; am Ende des Zeitraums der Bevölkerungsprognose im Jahr 2012 wird die Zahl der Lebendgeborenen voraussichtlich bei etwa 32 000 liegen. Der zwischenzeitlich zu beobachtende Anstieg der Geburtenzahlen ist auf den sich verändernden Altersaufbau der Bevölkerung zurückzuführen. Die früheren geburtenstarken Jahrgänge traten Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre verstärkt als Elterngeneration auf. Für die Anzahl der Neugeborenen ist aber auch das generative Verhalten maßgeblich. Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, ausgedrückt als Zahl der Geborenen je 1 000 Frauen, haben sich nicht nur absolut verringert, zusätzlich hat sich auch die Altersstruktur noch etwas verschoben. Frauen bekommen ihre Kinder nunmehr tendenziell später und zwar im Alter von um die Dreißig.²⁾

Daneben ergab sich seit Ende der 80er-Jahre aber auch ein durch den politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa bedingter starker Einfluss auf die Entwick-

Ersteinschulungen¹⁾ 1983/84 bis 2012/13

Schuljahr	Insgesamt	Messzahl 1997/98 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
Ist-Werte			
1983/84	33 472	70,8	-0,2
1984/85	33 916	71,7	1,3
1985/86	33 187	70,2	-2,1
1986/87	35 340	74,8	6,5
1987/88	36 893	78,0	4,4
1988/89	36 803	77,9	-0,2
1989/90	37 209	78,7	1,1
1990/91	37 596	79,5	1,0
1991/92	38 293	81,0	1,9
1992/93	40 429	85,5	5,6
1993/94	42 379	89,6	4,8
1994/95	44 439	94,0	4,9
1995/96	45 319	95,9	2,0
1996/97	45 946	97,2	1,4
1997/98	47 272	100	2,9
Prognose-Werte			
1998/99	45 275	95,8	-4,2
1999/00	44 818	94,8	-1,0
2000/01	43 688	92,4	-2,5
2001/02	42 282	89,4	-3,2
2002/03	42 426	89,7	0,3
2003/04	43 308	91,6	2,1
2004/05	42 282	89,4	-2,4
2005/06	40 269	85,2	-4,8
2006/07	39 275	83,1	-2,5
2007/08	38 321	81,1	-2,4
2008/09	37 377	79,1	-2,5
2009/10	36 524	77,3	-2,3
2010/11	35 750	75,6	-2,1
2011/12	35 097	74,2	-1,8
2012/13	34 569	73,1	-1,5

1) Ohne Schulanfänger an Sonderschulen.

lung der Bevölkerungszahlen. Rheinland-Pfalz hatte deutliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen, die den vorher leicht rückläufigen Trend in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung umkehrten. Der Zustrom enthielt sowohl Zuzüge von außerhalb des Bundesgebietes, insbesondere Aussiedler, als auch innerdeutsche Binnenwanderungen. Ein großer Teil dieser Neubürger waren junge Menschen im Heiratsalter bzw. Paare mit Kindern, sodass sich daraus auch Konsequenzen für die Zahl der Einschulungen sowie der Schülerinnen und Schüler im Prognosezeitraum ergaben.

Berücksichtigt werden muss allerdings die Tatsache, dass Zu- und Fortzüge von Kindern und Jugendlichen im Schulalter vom Basisjahr an im Rechengang nicht enthalten sind, da bei den Ersteinschulungen die einzige Verknüpfung zwischen Bevölkerungsprognose und Schülerprognose besteht. Damit werden Vorgänge der Bevölkerungsbewegung im Prognosezeitraum nur berücksichtigt, soweit sie vor der Einschulung liegen. Sind die Einschulungen in den Rechengang eingeschleust, so läuft die Schülerprognose unbeeinflusst von der Bevölkerungsprognose ab. Obwohl insbesondere die regionalen Wanderungsbewegungen nicht unerheblich sind, fehlen die für eine entsprechende Wanderungsprognose benötigten Informationen über Zu- und Fortzüge in der für die Schülerprognose erforderlichen Differenzierung. Abgesehen von der fehlenden Datengrundlage wäre eine solche Prognose auch wegen der fraglichen Stabilität von Wanderungsströmen in solcher Feingliedrigkeit zweifelhaft.

Zur Prognose der Ersteinschulungen werden altersspezifische Einschulungsquoten ermittelt, die den Anteil der Schulanfänger eines bestimmten Altersjahrgangs an der Gesamtzahl der Kinder gleichen Alters angeben. Multipliziert man für jedes Prognosejahr die Zahl der Kinder eines Altersjahrgangs aus der regionalen Bevölkerungsprognose mit den kreis- und altersspezifischen Einschulungsquoten, so erhält man die Zahl der jeweiligen Schulanfänger. Das Einschulungsalter zeigt sich dabei im Zeitablauf relativ stabil. Im Übrigen erfolgt in der Schülerprognose keine Differenzierung nach dem Geschlecht.

Um den langfristigen Verlauf zu verdeutlichen, umfasst die Übersicht der Ersteinschulungen außer den sonst ausschließlich dargestellten Prognosewerten bis zum Schuljahr 2012/13 auch die tatsächlichen Zahlen von 1983/84 bis zum Basisschuljahr 1997/98. Mitte der 80er-Jahre wurden landesweit jährlich knapp 34 000 Kinder eingeschult. Diese Zahl stieg fast durchgängig an, mit besonders hohen Zuwachsraten zunächst in den Schuljahren 1986/87 und 1987/88, später nochmals von 1992/93 bis 1994/95. Im Basisschuljahr 1997/98 wurde der Höhepunkt mit 47 272 Ersteinschulungen erreicht. Diese Entwicklung wurde bereits in den beiden vorhergegangenen Schülerprognosen erwartet und zeigt die guten Ergebnisse der Schülerprognose an der Schnittstelle zur Bevölkerungsprognose. Vom Schuljahr 1998/99 an ist eine Trendumkehr zu erwarten, die sich von einem kurzfristigen Anstieg in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 unbeeinflusst bis zum Ende des Prognosezeitraums fortsetzt und in etwa auf dem 30 Jahre zuvor bestehenden Niveau endet. Die prognostizierten Geburtenzahlen für die Jahre 2006 bis 2012, die in die vorliegende Schülerprognose nicht

mehr Eingang finden, weisen für die fernere Zukunft auf einen weiteren, jedoch deutlich verlangsamten Rückgang hin.

Die Gliederung nach Verwaltungsbezirken lässt allerdings regional unterschiedlich ausgeprägte Verläufe erkennen. Zunächst ist über den gesamten Prognosezeitraum für die kreisfreien Städte mit –30% ein stärkerer Rückgang als in den Landkreisen (–26%) zu konstatieren. Doch auch innerhalb dieser beiden Kategorien zeigt sich ein uneinheitliches Bild. So sind die deutlichsten Veränderungen in der Stadt Trier (–43%) zu erwarten, während in Zweibrücken der Rückgang mit –13% eher moderat ausfällt. Bei den Landkreisen liegen die Extreme mit –36% in der Südwestpfalz und –18% im Kreis Neuwied nicht ganz so weit auseinander. Hierbei ist allerdings auch die jeweilige Situation im Basis-schuljahr zu berücksichtigen. In Trier beispielsweise wurde 1997/98 die im Zeitablauf mit deutlichem Abstand höchste Zahl von Schulanfängern beobachtet. Dies führt in den Folgejahren zu einem besonders starken Rückgang. Aber auch gegenläufige Entwicklungen wie etwa in Zweibrücken, wo die Zahl der Ersteinschulungen erst im Schuljahr 2000/01 ihr Maximum erreicht, bedingen einen vom Landesdurchschnitt deutlich abgesetzten Verlauf.

Fortschreibungsverfahren und Grundschulen

Zur Prognose der Schülerzahlen wird für alle Schularten mit Ausnahme der Sonderschulen ein Fortschreibungsverfahren verwendet, bei dem die Schülerinnen und Schüler die einzelnen Klassenstufen durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand zu Beginn des Basisschuljahres. Die Veränderung dieser Schülerbestände wird mit Hilfe von Übergangs-, Zugangs-, Abgangs- und Wiederholerquoten prognostiziert, die als Durchschnitt der letzten drei Beobachtungsjahre errechnet werden. Der Anfangsbestand zu Beginn jedes Schuljahres wird verringert um die mittels dieser Quoten errechneten Abgänge, Wiederholer und Übergänge auf andere Schulen. Die verbleibenden Schülerinnen und Schüler rücken in die nächste Klassenstufe vor und ergeben zusammen mit den Zugängen von anderen Schulen und den Wiederholern dieser Klassenstufe den Ausgangsbestand des folgenden Schuljahres. Dieser Rechengang wiederholt sich für alle Klassenstufen und Prognosejahre bis zum Ende des Prognosezeitraums. Die Fortschreibung durch die einzelnen Klassenstufen lässt sich in den Übersichten sehr gut verfolgen, da der Ersteinschulungsjahrgang 1997/98 als Maximalwert im Prognosezeitraum leicht identifizierbar ist. Die stetig sinkende Zahl der Ausgangskohorte hat ihre Ursache zum einen in den Übergängen von Grundschulen auf Sonderschulen, die landesweit in einer Größenordnung von bis zu 400 Kindern pro Jahr liegen. Zum anderen wirkt sich als Basisseffekt die Konstanz der verschiedenen Quoten in starken Jahrgängen überproportional auf die Absolutzahlen aus; es verlassen mehr Schülerinnen und Schüler die jeweilige Klassenstufe, um diese zu wiederholen, als aus der vorangehenden Klassenstufe Wiederholer hinzukommen.

Bei den Grundschulen war im Basisschuljahr 1997/98 mit 188 700 Schülerinnen und Schülern der voraussichtliche Höchststand erreicht. Danach sinken die Schülerzahlen kontinuierlich um fast 24% auf

Ersteinschulungen¹⁾ 1997/98 bis 2012/13 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2002/03	2004/05	2006/07	2008/09	2010/11	2012/13
Kreisfreie Stadt										
Koblenz	1 046	1 004	991	999	956	940	870	826	787	759
Landkreise										
Ahrweiler	1 539	1 471	1 471	1 429	1 411	1 434	1 342	1 282	1 236	1 196
Altenkirchen (Ww.)	1 758	1 729	1 712	1 630	1 612	1 607	1 533	1 476	1 433	1 399
Bad Kreuznach	1 913	1 803	1 753	1 704	1 610	1 639	1 525	1 455	1 393	1 347
Birkenfeld	1 081	996	997	961	905	891	844	806	775	749
Cochem-Zell	798	780	774	720	694	675	636	600	571	547
Mayen-Koblenz	2 445	2 293	2 288	2 226	2 184	2 171	2 031	1 939	1 858	1 805
Neuwied	2 264	2 173	2 171	2 145	2 131	2 147	2 040	1 973	1 909	1 864
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 279	1 330	1 336	1 282	1 202	1 213	1 155	1 098	1 055	1 017
Rhein-Lahn-Kreis	1 540	1 436	1 391	1 383	1 339	1 329	1 259	1 205	1 158	1 126
Westerwaldkreis	2 571	2 497	2 471	2 435	2 360	2 402	2 258	2 172	2 098	2 049
Kreisfreie Stadt										
Trier	1 016	896	881	864	832	802	717	659	610	576
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	1 429	1 325	1 312	1 284	1 208	1 213	1 142	1 082	1 035	1 004
Bitburg-Prüm	1 238	1 242	1 238	1 184	1 145	1 120	1 039	984	936	903
Daun	884	832	826	796	763	776	720	691	665	644
Trier-Saarburg	1 657	1 559	1 541	1 563	1 508	1 469	1 378	1 302	1 231	1 178
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	516	500	502	486	480	490	452	429	414	396
Kaiserslautern	895	918	909	857	847	821	752	713	678	651
Landau i. d. Pfalz	460	456	465	455	417	437	392	368	348	336
Ludwigshafen a. Rh.	1 802	1 680	1 637	1 590	1 527	1 559	1 409	1 337	1 276	1 233
Mainz	1 702	1 628	1 662	1 638	1 654	1 562	1 348	1 231	1 146	1 085
Neustadt a. d. Weinstr.	557	543	517	493	516	482	456	430	412	400
Pirmasens	464	477	468	437	425	430	388	369	353	339
Speyer	557	518	526	517	502	511	462	442	421	408
Worms	888	857	870	843	777	810	752	718	688	665
Zweibrücken	318	342	344	356	328	338	312	300	283	277
Landkreise										
Alzey-Worms	1 551	1 520	1 492	1 440	1 450	1 483	1 368	1 318	1 265	1 229
Bad Dürkheim	1 556	1 459	1 439	1 432	1 398	1 383	1 285	1 222	1 170	1 129
Donnersbergkreis	1 009	943	921	884	867	870	820	788	757	740
Germersheim	1 499	1 486	1 470	1 475	1 460	1 427	1 321	1 256	1 197	1 155
Kaiserslautern	1 466	1 379	1 351	1 302	1 256	1 248	1 164	1 110	1 064	1 035
Kusel	981	922	880	880	832	813	776	744	715	696
Südliche Weinstraße	1 288	1 238	1 222	1 160	1 152	1 107	1 037	985	934	902
Ludwigshafen	1 687	1 664	1 631	1 575	1 527	1 541	1 408	1 333	1 272	1 224
Mainz-Bingen	2 325	2 186	2 179	2 121	2 102	2 103	1 923	1 829	1 743	1 675
Südwestpfalz	1 293	1 193	1 180	1 142	1 049	1 039	961	905	864	831
Rheinland-Pfalz	47 272	45 275	44 818	43 688	42 426	42 282	39 275	37 377	35 750	34 569
kreisfreie Städte	10 221	9 819	9 772	9 535	9 261	9 182	8 310	7 822	7 416	7 125
Landkreise	37 051	35 456	35 046	34 153	33 165	33 100	30 965	29 555	28 334	27 444

1) Ohne Schulanfänger an Sonderschulen.

Schülerinnen und Schüler an Grundschulen¹⁾
am Schuljahresanfang 1997/98 bis 2012/13 nach Klassenstufen

Schuljahr	Klassenstufe				Insgesamt	Messzahl 1997/98 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
	1	2	3	4			
1997/98	48 798	47 564	46 855	45 483	188 700	100	2,1
1998/99	46 819	48 299	47 005	46 045	188 168	99,7	-0,3
1999/00	46 300	46 414	47 721	46 207	186 642	98,9	-0,8
2000/01	45 153	45 866	45 922	46 901	183 842	97,4	-1,5
2001/02	43 709	44 746	45 354	45 165	178 974	94,8	-2,6
2002/03	43 807	43 326	44 256	44 587	175 976	93,3	-1,7
2003/04	44 695	43 376	42 861	43 516	174 448	92,4	-0,9
2004/05	43 698	44 227	42 873	42 151	172 949	91,7	-0,9
2005/06	41 653	43 298	43 695	42 140	170 786	90,5	-1,3
2006/07	40 595	41 297	42 818	42 936	167 646	88,8	-1,8
2007/08	39 606	40 225	40 868	42 101	162 800	86,3	-2,9
2008/09	38 631	39 246	39 783	40 199	157 859	83,7	-3,0
2009/10	37 747	38 279	38 815	39 121	153 962	81,6	-2,5
2010/11	36 946	37 398	37 861	38 162	150 367	79,7	-2,3
2011/12	36 267	36 602	36 993	37 227	147 089	77,9	-2,2
2012/13	35 717	35 933	36 202	36 374	144 226	76,4	-1,9

1) Einschließlich Klassenstufen 1 - 4 an freien Waldorfschulen.

144 000 im Schuljahr 2012/13, was tendenziell zu erheblichen Entlastungen bei der Unterrichtsversorgung führen wird. Auffällig ist der starke Rückgang der Schülerzahlen im Schuljahr 2001/02, in dem das Gros des starken Einschulungsjahrgangs 1997/98 die Primarstufe verlassen hat. Der Anteil der einzelnen Klassenstufen an der Gesamtzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler liegt jeweils bei rund einem Viertel. Im Basisschuljahr ist die 1. Klassenstufe mit 25,9% aller Grundschülerinnen und Grundschüler um 3 300 Schüler stärker besucht als die 4. Klassenstufe mit einem Anteil von 24,1%. Durch die stetig sinkende Zahl von Ersteinschulungen verschieben sich die Anteile im Prognosezeitraum leicht zugunsten der 4. Klassenstufe.

In den einzelnen Kreisen verläuft der Schrumpfungsprozess durchaus unterschiedlich. Den geringsten Rückgang hat der Landkreis Neuwied mit gut 15%, den stärksten die Stadt Trier mit 37%. Tendenziell gehen die Schülerzahlen in den kreisfreien Städten stärker zurück als in den Landkreisen. In einigen Landkreisen steigen die Schülerzahlen voraussichtlich bis zum Schuljahr 1999/2000 noch geringfügig an, ehe auch dort ein Rückgang einsetzt. Im Schuljahr 2002/03 liegt die Zahl der Grundschüler in allen Kreisen unter der des Basisschuljahres. Die im Prognosezeitraum um 27% sinkende Zahl der Schulanfänger wirkt sich im Grundschulbereich mit zeitlicher Verzögerung aus und führt im Vergleich zum Basisschuljahr zu einer um gut 3 Prozentpunkte schwächeren Verringerung der Schülerzahlen (-24%).

Übergänge auf die weiterführenden Schulen

Eine weitere Schlüsselstelle des Prognosemodells stellt der Übergang aus der 4. Klassenstufe der Grundschulen auf die weiterführenden Schulen dar. Dabei müssen die Schüler sowohl auf die Schularten der Sekundarstufe I als auch regional auf die einzelnen Schulen verteilt werden. Hierzu werden die nicht flächendeckend vorhandenen Schularten aus rechen-technischen Gründen einer der drei traditionellen Schularten zugeordnet. Die regionalen Schulen und die dualen Oberschulen werden den Hauptschulen zuge-

rechnet. Von den integrierten Gesamtschulen werden Hamm, Kastellaun und Otterberg dem Hauptschulbereich zugeschlagen, da diese in ihrem regionalen Umfeld für die Versorgung im Hauptschulbereich zuständig sind. Die übrigen integrierten Gesamtschulen, das Schulmodell Rockenhausen und die freien Waldorfschulen werden mit den Realschulen zusammengefasst.

Beim Übergangsverhalten in den vergangenen Jahren ist zu beobachten, dass der Anteil von Realschulen und Gymnasien zu Lasten des Hauptschulanteils deutlich anstieg. Als im Schuljahr 1991/92 den Eltern die Wahl der Schullaufbahn freigestellt wurde, kam es zusätzlich zu einer sprunghaften Verschiebung um fast 5 Prozentpunkte von der Hauptschule zur Realschule. Seit Eröffnung der ersten regionalen Schulen im Schuljahr 1992/93 haben die Übergänge auf diese stark expandierende Schulart ständig zugenommen. Ähnliches ist für die neuen dualen Oberschulen zu erwarten, die seit dem Schuljahr 1996/97 als Schulversuch bestehen. Da beide Schultypen im Prognosemodell für das Übergangsverhalten dem Hauptschulbereich zugeordnet sind, ergibt sich bei der Trendschätzung für den

Schülerübergänge aus der 4. Klassenstufe des Primarbereichs in die 5. Klassenstufe einer weiterführenden Schule 1997/98 bis 2011/12

Schuljahr	Insgesamt	Messzahl 1997/98 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
1997/98	44 252	100	2,2
1998/99	44 777	101,2	1,2
1999/00	44 914	101,5	0,3
2000/01	45 582	103,0	1,5
2001/02	43 903	99,2	-3,7
2002/03	43 335	97,9	-1,3
2003/04	42 303	95,6	-2,4
2004/05	40 974	92,6	-3,1
2005/06	40 956	92,6	0,0
2006/07	41 743	94,3	1,9
2007/08	40 903	92,4	-2,0
2008/09	39 077	88,3	-4,5
2009/10	38 027	85,9	-2,7
2010/11	37 108	83,9	-2,4
2011/12	36 194	81,8	-2,5

Schülerinnen und Schüler an Grundschulen¹⁾ am Schuljahresanfang 1997/98 bis 2012/13
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2002/03	2004/05	2006/07	2008/09	2010/11	2012/13
Kreisfreie Stadt										
Koblenz	4 229	4 225	4 182	4 119	4 003	3 912	3 725	3 504	3 327	3 177
Landkreise										
Ahrweiler	6 044	6 087	6 051	5 975	5 781	5 768	5 661	5 373	5 154	4 961
Altenkirchen (Ww.)	7 043	7 094	7 105	6 949	6 630	6 541	6 452	6 176	5 960	5 793
Bad Kreuznach	7 503	7 552	7 390	7 267	6 778	6 623	6 480	6 126	5 840	5 603
Birkenfeld	4 265	4 201	4 155	4 087	3 835	3 677	3 573	3 401	3 252	3 128
Cochem-Zell	3 203	3 196	3 239	3 143	2 938	2 816	2 725	2 564	2 429	2 313
Mayen-Koblenz	9 743	9 720	9 522	9 435	9 018	8 897	8 668	8 198	7 829	7 531
Neuwied	9 138	9 091	9 016	8 926	8 727	8 715	8 578	8 255	7 980	7 740
Rhein-Hunsrück-Kreis	5 381	5 410	5 376	5 320	5 120	4 948	4 861	4 641	4 433	4 255
Rhein-Lahn-Kreis	6 034	6 010	5 968	5 842	5 545	5 470	5 332	5 070	4 860	4 688
Westerwaldkreis	10 370	10 377	10 307	10 141	9 791	9 715	9 555	9 117	8 772	8 501
Kreisfreie Stadt										
Trier	3 879	3 849	3 804	3 705	3 457	3 338	3 131	2 852	2 623	2 440
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	5 454	5 411	5 394	5 407	5 100	4 942	4 808	4 560	4 342	4 172
Bitburg-Prüm	4 879	4 949	4 985	4 950	4 739	4 595	4 427	4 143	3 927	3 752
Daun	3 474	3 441	3 420	3 388	3 199	3 140	3 071	2 904	2 786	2 687
Trier-Saarburg	6 341	6 407	6 417	6 372	6 180	6 057	5 822	5 485	5 184	4 920
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	2 241	2 211	2 146	2 074	2 010	2 009	1 958	1 839	1 755	1 687
Kaiserslautern	3 848	3 829	3 759	3 652	3 547	3 443	3 278	3 056	2 889	2 756
Landau i. d. Pfalz	1 887	1 885	1 853	1 855	1 767	1 722	1 683	1 558	1 469	1 397
Ludwigshafen a. Rh.	7 125	7 064	7 004	6 867	6 464	6 370	6 149	5 729	5 433	5 199
Mainz	6 988	6 885	6 840	6 756	6 697	6 635	6 115	5 394	4 953	4 624
Neustadt a. d. Weinstr.	2 340	2 290	2 241	2 122	2 036	2 013	1 927	1 810	1 717	1 648
Pirmasens	2 024	2 009	1 949	1 870	1 779	1 725	1 657	1 556	1 481	1 416
Speyer	2 269	2 225	2 218	2 176	2 093	2 081	2 012	1 879	1 788	1 713
Worms	3 656	3 611	3 584	3 541	3 341	3 260	3 216	3 038	2 904	2 790
Zweibrücken	1 599	1 505	1 439	1 395	1 397	1 382	1 336	1 260	1 202	1 152
Landkreise										
Alzey-Worms	6 232	6 247	6 161	6 083	5 895	5 945	5 827	5 509	5 293	5 098
Bad Dürkheim	5 956	6 004	6 006	5 972	5 744	5 680	5 497	5 163	4 917	4 713
Donnersbergkreis	4 084	3 990	3 907	3 808	3 577	3 530	3 465	3 301	3 164	3 059
Germersheim	6 198	6 183	6 063	5 979	5 915	5 857	5 619	5 277	5 016	4 798
Kaiserslautern	5 699	5 716	5 677	5 565	5 279	5 125	4 927	4 673	4 459	4 296
Kusel	3 850	3 838	3 781	3 707	3 483	3 361	3 251	3 108	2 987	2 886
Südliche Weinstraße	5 084	5 043	5 089	4 972	4 718	4 584	4 410	4 153	3 938	3 757
Ludwigshafen	6 773	6 773	6 700	6 625	6 351	6 266	6 051	5 633	5 339	5 103
Mainz-Bingen	8 854	8 891	8 963	8 924	8 537	8 528	8 294	7 708	7 327	7 000
Südwestpfalz	5 013	4 949	4 931	4 873	4 505	4 279	4 105	3 846	3 638	3 473
Rheinland-Pfalz	188 700	188 168	186 642	183 842	175 976	172 949	167 646	157 859	150 367	144 226
kreisfreie Städte	42 085	41 588	41 019	40 132	38 591	37 890	36 187	33 475	31 541	29 999
Landkreise	146 615	146 580	145 623	143 710	137 385	135 059	131 459	124 384	118 826	114 227

1) Einschließlich Klassenstufen 1 - 4 an freien Waldorfschulen.

Schülerübergänge aus der 4. Klassenstufe des Primarbereichs in die 5. Klassenstufe
einer weiterführenden Schule 1997/98 bis 2011/12 nach Schularten

Schuljahr	Haupt- schule	Regionale Schule	Duale Oberschule	Real- schule	Gym- nasium	Integrierte Gesamt- schule ¹⁾	Freie Waldorf- schule
1997/98	12 390	2 843	657	11 728	14 243	2 204	187
1998/99	12 452	2 859	667	11 962	14 418	2 234	185
1999/00	12 440	2 838	679	12 033	14 472	2 263	189
2000/01	12 600	2 886	667	12 281	14 709	2 247	192
2001/02	12 030	2 810	651	11 892	14 145	2 192	183
2002/03	11 819	2 775	652	11 763	13 959	2 186	181
2003/04	11 522	2 685	634	11 539	13 651	2 094	178
2004/05	11 164	2 583	620	11 184	13 225	2 023	175
2005/06	11 135	2 558	613	11 212	13 217	2 048	173
2006/07	11 326	2 586	611	11 465	13 484	2 093	178
2007/08	11 072	2 514	601	11 253	13 214	2 074	175
2008/09	10 564	2 416	582	10 752	12 617	1 977	169
2009/10	10 238	2 353	572	10 521	12 277	1 899	167
2010/11	9 969	2 299	557	10 296	11 970	1 852	165
2011/12	9 733	2 242	543	10 050	11 664	1 804	158

1) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

Prognosezeitraum bei den Hauptschulen nur noch ein schwacher Rückgang von 36,7 auf 35,4%. Der Anteil der Gymnasien bleibt mit 32,2% konstant, bei den Real-schulen wird ein leichter Anstieg von 31,1 auf 32,4% erwartet. Dieser Landestrend wird im Rechengang ergänzt um regionalisierte Korrekturfaktoren, sodass im Ergebnis eine Prognose der benötigten verbandsge-meindespezifischen Übergangsquoten verfügbar ist.

Betrachtet man die Gesamtzahl der prognostizierten Übergänge, so ist bis zum Schuljahr 2000/01 noch mit einem leichten Zuwachs zu rechnen, danach setzt auch hier ein starker Rückgang um 18,2% auf 36 200 Schülerübergänge im Schuljahr 2011/12 ein. Diese Entwicklung überrascht nicht, zeichnet sie doch folgerichtig die zeitliche Verschiebung zu den Ersteinschulungen nach. Dabei handelt es sich um die Übergänge am Ende des Schuljahres aus der 4. in die 5. Klassenstufe, während sonst die Schülerzahlen zum Schuljahresanfang dargestellt werden. Bei der Aufteilung der Übergänge auf die einzelnen Schularten ist zu beachten, dass das Re-

chenmodell als Status-quo-Prognose nur die Schulen berücksichtigt, die im Basisschuljahr 1997/98 bestanden haben. Die Einrichtung neuer Schulen wird im Prognosezeitraum nicht berücksichtigt. Dadurch kann der weitere Ausbau neuer Schularten, insbesondere der regionalen Schulen und der dualen Oberschulen, nur unvollständig in die Vorausberechnung einfließen. Im Bereich der regionalen Schulen entstehen zurzeit zahlreiche Schulen aus bisherigen Hauptschulen. Im Schuljahr 1999/2000 existieren bereits doppelt so viele regionale Schulen wie im Basisschuljahr 1997/98 (61 gegenüber 30 Schulen). Auch die Zahl der dualen Oberschulen und der integrierten Gesamtschulen nimmt weiter zu. Daher wird die Zahl der Übergänge zu diesen drei Schularten entgegen der Prognose steigen, zu Lasten der noch stärker zurückgehenden Hauptschulübergänge.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Manuela Groß
Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey

Unfallbilanz 1999

1999 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz knapp 124 000 Straßenverkehrsunfälle, darunter 19 405 mit Personenschaden. Sodann wurden 7 239 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden gezählt. Das sind Unfälle, bei denen ein Bußgeld- oder Straftatbestand vorlag und mindestens eines der beteiligten Fahrzeuge nicht mehr fahrbereit war. Des Weiteren wurden 1 384 Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung und 95 790 übrige bzw. leichte Sachschadensunfälle registriert.

Insgesamt wurden auf den Straßen des Landes 5 947 Verkehrsteilnehmer schwer verletzt. Nach deutlichen Rückgängen in den Jahren 1997 und 1998 lag die Zahl damit wieder auf dem Niveau von 1996. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 6,1%. Rund 19 800 Personen – die höchste Zahl in den letzten 15 Jahren – erlitten leichte Verletzungen. Das waren 8,8% mehr als 1998. Die Anzahl der Getöteten lag mit 383 um drei Personen niedriger als im Vorjahr.

Ein Drittel aller Unfallopfer ist zwischen 18 und 29 Jahre alt

Opfer von Straßenverkehrsunfällen sind zum überwiegenden Teil jüngere Menschen. So waren 12% aller Verletzten oder Getöteten Verkehrsteilnehmer zwischen 18 und 20 Jahre alt, weitere 21% zwischen 21 und 29 Jahre.

Eine qualifiziertere Aussage zur altersbedingten Unfallhäufigkeit bietet die Betrachtung der Verunglücktenquote. Dies ist das Verhältnis der Zahl der verunglückten Personen einer bestimmten Altersgruppe zur

Bevölkerungszahl. Die mit Abstand höchste Verunglücktenquote ergab sich 1999 mit 244 getöteten oder verletzten Personen je 10 000 Einwohner für die 18- bis 20-jährigen Verkehrsteilnehmer. An zweiter Stelle lagen die 15- bis 17-Jährigen (144), gefolgt von den 21- bis 29-Jährigen (128). Ebenfalls relativ hoch und über dem Durchschnitt aller Altersgruppen war der Wert für die 30- bis 44-jährigen Personen, während für alle übrigen Alterskategorien merklich niedrigere Werte ermittelt wurden. Die niedrigsten Quoten errechneten sich für Kinder unter 6 Jahren (19) und Senioren über 74 Jahren (20). Hier spielt sicherlich der Umstand eine Rolle, dass diese Altersgruppen in vergleichsweise geringerem Maße am Straßenverkehr teilnehmen.

Die Zahl der Unfälle und Verunglückten ist regional sehr unterschiedlich. Unter den Landkreisen ereigneten sich die meisten Unfälle im Westerwaldkreis (1 695), gefolgt von den Kreisen Mayen-Koblenz (1 501) und Neuwied (1 337). Diese gehören jedoch auch zu den einwohnerstärksten Kreisen in Rheinland-Pfalz mit einer entsprechend hohen Fahrzeugdichte. Ein weiterer Einflussfaktor für das Unfallgeschehen ist zudem der Durchgangsverkehr. Berücksichtigt wurden hier nur schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden und Unfälle mit Personenschaden. Unter den kreisfreien Städten hatte die Landeshauptstadt Mainz (1 376) die meisten Verkehrsunfälle. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Ludwigshafen (1 161) und Koblenz (995).

Die meisten Verkehrstoten (26) waren ebenfalls im Westerwaldkreis zu beklagen, gefolgt von den Kreisen Bitburg-Prüm (23), Bad-Kreuznach (21) und Neuwied (19). Auch bei den Verletzten Personen stand der Westerwaldkreis (1 461) an der Spitze, es folgten die Land-

Verunglückte nach Altersgruppen 1990 bis 1999

Jahr	Ins- gesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 6	6 - 15	15 - 18	18 - 21	21 - 30	30 - 45	45 - 60	60 - 75	75 und mehr
Anzahl										
1990	26 330	591	1 725	1 896	3 552	7 647	5 144	3 415	1 671	620
1991	25 031	573	1 607	1 559	3 096	7 417	5 229	3 229	1 605	642
1992	24 774	564	1 627	1 627	2 900	7 235	5 434	3 141	1 623	540
1993	24 550	555	1 635	1 583	2 816	6 958	5 602	3 119	1 668	498
1994	24 486	508	1 656	1 715	2 747	6 557	5 838	3 305	1 527	492
1995	24 298	502	1 581	1 595	2 708	6 276	6 178	3 303	1 639	471
1996	23 767	508	1 538	1 617	2 732	5 935	6 007	3 270	1 652	463
1997	24 301	497	1 648	1 734	2 790	5 721	6 350	3 354	1 663	491
1998	24 192	463	1 501	1 779	2 834	5 442	6 431	3 372	1 779	556
1999	26 130	473	1 652	1 899	3 122	5 536	7 064	3 707	2 024	585
je 10 000 Einwohner										
1990	71	25	52	164	234	137	67	46	31	22
1991	67	23	47	141	217	131	65	44	29	23
1992	65	22	46	146	218	127	64	43	29	20
1993	63	21	45	140	226	123	64	43	29	19
1994	62	19	44	148	230	119	64	45	26	19
1995	61	19	41	134	228	119	66	44	27	18
1996	60	19	39	130	229	118	63	44	27	18
1997	61	19	41	135	229	120	66	45	27	18
1998	60	18	37	134	229	119	66	45	28	20
1999	65	19	40	144	244	128	72	49	32	20

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 1999 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unfälle						Verunglückte			
	ins- gesamt	schwer- wiegende Unfälle mit Sachschä- den (im engeren Sinne) ¹⁾	sonstige Alkohol- unfälle	mit Personenschaden			ins- gesamt	Ge- tötete ²⁾	Schwer- verletzte ³⁾	Leicht- verletzte
				zu- sammen	innerhalb	außerhalb				
					von Ortschaften					
Kreisfreie Stadt Koblenz	995	251	36	708	555	153	923	5	126	792
Landkreise										
Ahrweiler	1 062	260	46	756	305	451	1 022	14	290	718
Altenkirchen (Ww.)	846	157	55	634	323	311	847	9	209	629
Bad Kreuznach	1 067	281	68	718	376	342	972	21	247	704
Birkenfeld	530	133	38	359	178	181	505	9	160	336
Cochem-Zell	543	167	28	348	102	246	486	14	157	315
Mayen-Koblenz	1 501	444	64	993	447	546	1 329	10	275	1 044
Neuwied	1 337	343	54	940	463	477	1 271	19	308	944
Rhein-Hunsrück-Kreis	760	236	33	491	164	327	673	15	183	475
Rhein-Lahn-Kreis	808	164	55	589	304	285	786	8	191	587
Westerwaldkreis	1 695	534	66	1 095	454	641	1 487	26	373	1 088
Kreisfreie Stadt Trier	696	120	61	515	446	69	664	7	115	542
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	897	274	28	595	193	402	815	10	230	575
Bitburg-Prüm	728	181	29	518	176	342	806	23	245	538
Daun	461	125	17	319	82	237	465	8	123	334
Trier-Saarburg	830	214	35	581	191	390	813	18	228	567
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz), St.	384	91	17	276	212	64	340	-	37	303
Kaiserslautern, St.	803	213	65	525	401	124	682	6	88	588
Landau i. d. Pfalz, St.	373	97	13	263	190	73	329	7	68	254
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 161	233	61	867	754	113	1 082	8	138	936
Mainz, St.	1 376	344	51	981	806	175	1 254	10	156	1 088
Neustadt a. d. Weinstr., St.	371	82	23	266	178	88	358	3	74	281
Pirmasens, St.	290	58	18	214	187	27	293	3	39	251
Speyer, St.	431	103	23	305	217	88	403	5	57	341
Worms, St.	564	127	26	411	301	110	534	7	104	423
Zweibrücken, St.	247	69	16	162	125	37	206	1	49	156
Landkreise										
Alzey-Worms	792	224	23	545	216	329	768	18	158	592
Bad Dürkheim	953	255	49	649	312	337	849	11	192	646
Donnersbergkreis	477	92	26	359	129	230	494	9	174	311
Germersheim	790	239	50	501	242	259	652	13	162	477
Kaiserslautern	777	236	35	506	225	281	706	9	146	551
Kusel	384	98	14	272	130	142	386	8	96	282
Südliche Weinstraße	736	157	33	546	222	324	760	9	230	521
Ludwigshafen	809	197	51	561	289	272	748	17	155	576
Mainz-Bingen	1 011	314	58	639	339	300	845	12	162	671
Südwestpfalz	543	126	19	398	124	274	577	11	202	364
Rheinland-Pfalz	28 028	7 239	1 384	19 405	10 358	9 047	26 130	383	5 947	19 800
kreisfreie Städte	7 691	1 788	410	5 493	4 372	1 121	7 068	62	1 051	5 955
Landkreise	20 337	5 451	974	13 912	5 986	7 926	19 062	321	4 896	13 845

1) Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und wenn gleichzeitig mindestens ein Kfz aufgrund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden muss (nicht fahrbereit). Dies betrifft auch Fälle mit Alkoholeinwirkung. – 2) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. – 3) Stationärer Krankenhausbehandlung zugeführte Verletzte.

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 1999 nach ausgewählten Unfallursachen

Ursache	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte				Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (i.e.S.) ³⁾
		insgesamt	Getötete ¹⁾	Schwer-verletzte ²⁾	Leicht-verletzte	
Fehlverhalten der Fahrzeugführer						
Alkoholeinfluss	1 441	1 921	43	630	1 248	763
Übermüdung	124	198	5	69	124	95
sonstige körperliche oder geistige Mängel	185	246	9	103	134	46
Benutzen der falschen Fahrbahn	392	516	18	131	367	64
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot	847	1 255	33	350	872	365
nicht angepasste Geschwindigkeit ...						
mit gleichzeitigem Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit	725	1 148	35	364	749	375
in anderen Fällen	4 878	6 991	159	2 071	4 761	2 588
ungenügender Sicherheitsabstand	2 546	3 493	8	269	3 216	306
Fehler beim Überholen						
Überholen trotz Gegenverkehrs	196	339	13	123	203	65
Überholen trotz unklarer Verkehrslage	278	361	7	74	280	107
Überholen trotz unzureichender Sichtverhältnisse	46	84	6	31	47	11
ohne Beachtung des nachfahrenden Verkehrs	119	171	1	36	134	143
Fehler beim Wiedereinordnen nach rechts	82	103	4	23	76	54
sonstige Fehler beim Überholen	244	322	8	82	232	60
Nebeneinanderfahren, Fahrstreifenwechsel	216	294	1	34	259	95
Missachtung						
der Regel "Rechts vor Links"	458	565	2	80	483	276
der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen	2 416	3 479	24	672	2 783	1 322
von Regelungen durch Polizeibeamte oder Ampeln	233	340	4	51	285	116
Fehler beim						
Abbiegen	1 499	2 069	22	408	1 639	602
Wenden oder Rückwärtsfahren	468	559	6	109	444	198
Einfahren in den fließenden Verkehr	716	837	3	140	694	124
falsches Verhalten gegenüber Fußgängern an						
Fußgängerüberwegen	180	191	1	56	134	-
anderen Stellen	620	671	8	190	473	2
verkehrswidriges Verhalten beim Ein- oder Aussteigen, Be- oder Entladen	99	102	1	25	76	5
Technische Mängel, Wartungsmängel						
Beleuchtung	47	65	1	14	50	6
Bereifung	128	203	2	56	145	58
Bremsen	51	77	-	26	51	12
Fehlverhalten der Fußgänger						
Alkoholeinfluss	84	97	5	50	42	-
Fehler beim Überschreiten der Fahrbahn						
durch Hervortreten hinter Sichthindernissen	197	209	3	71	135	-
ohne auf Fahrzeugverkehr zu achten	417	467	11	186	270	3
Straßenverhältnisse						
Schnee, Eis	559	795	7	194	594	431
Regen	270	399	4	85	310	240
Hindernisse						
Wild auf der Fahrbahn	241	285	2	66	217	68

1) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. – 2) Stationärer Krankenhausbehandlung zugeführte Verletzte. – 3) Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und wenn gleichzeitig mindestens ein Kfz aufgrund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden muss (nicht fahrbereit). Dies betrifft auch Fälle mit Alkoholeinwirkung.

kreise Mayen-Koblenz (1 319) und Neuwied (1 252). Mehr als 1 000 Leicht- und Schwerverletzte wurden zudem in den Städten Mainz (1 244) und Ludwigshafen (1 074) sowie im Landkreis Ahrweiler (1 008) gezählt.

Fast zwei Drittel verunglückten mit dem Pkw

Knapp zwei Drittel der im Straßenverkehr Verletzten und Getöteten verunglückten als Insassen von Personenkraftwagen (64%). Rund 10% benutzten ein Motorrad und 5% waren mit dem Mofa, Moped oder Mokick unterwegs. Knapp 9,5% der Unfallopfer waren Fahrradfahrer und 6,9% Fußgänger. Mit 3,1% bzw. 0,9% waren die Insassen von Lastkraftwagen und Bussen eher selten unter den verunglückten Personen.

Die Mehrzahl der Unfälle mit Personenschaden eignete sich auf Gemeinde- (5 562) und Landesstraßen (5 529). Auf Bundesstraßen kam es zu 4 686, auf Kreisstraßen zu 2 263 und auf Autobahnen zu 1 367 Unfällen mit Verletzten und Getöteten. Innerhalb von Ortschaften wurden von der Polizei 10 358 Unfälle aufgenommen,

außerorts 9 047 Unfälle. Ein anderes Bild ergibt sich für die schwerwiegenden Sachschadensunfälle. Hier wurden 2 029 Fälle auf Landesstraßen, 1 682 auf Bundesstraßen, 1 519 auf Gemeindestraßen, 1 237 auf Autobahnen und 772 Unfälle auf Kreisstraßen registriert.

Nicht angepasste Geschwindigkeit ist häufigste Unfallursache

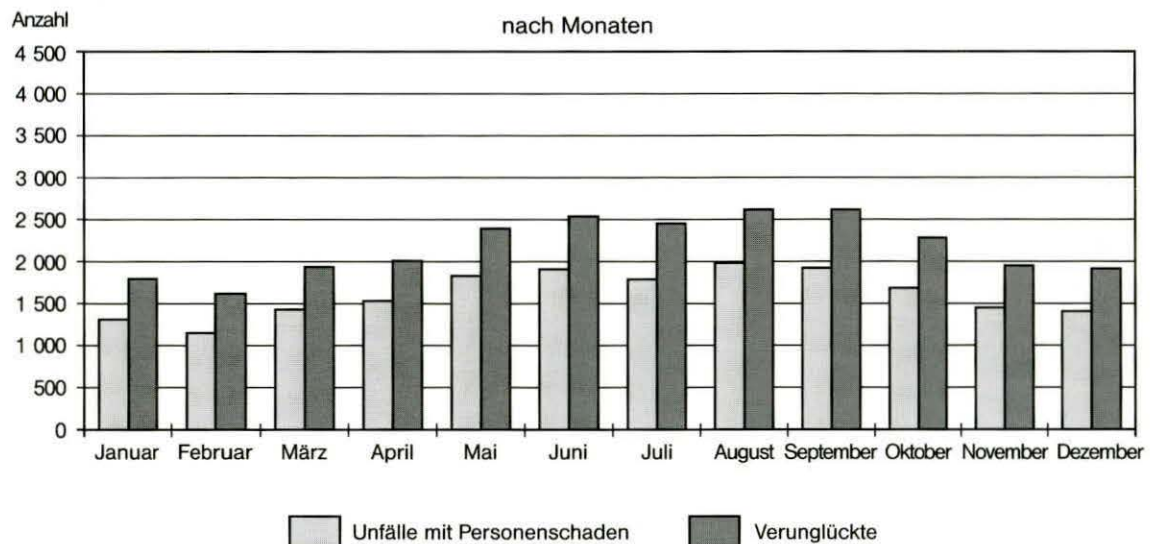
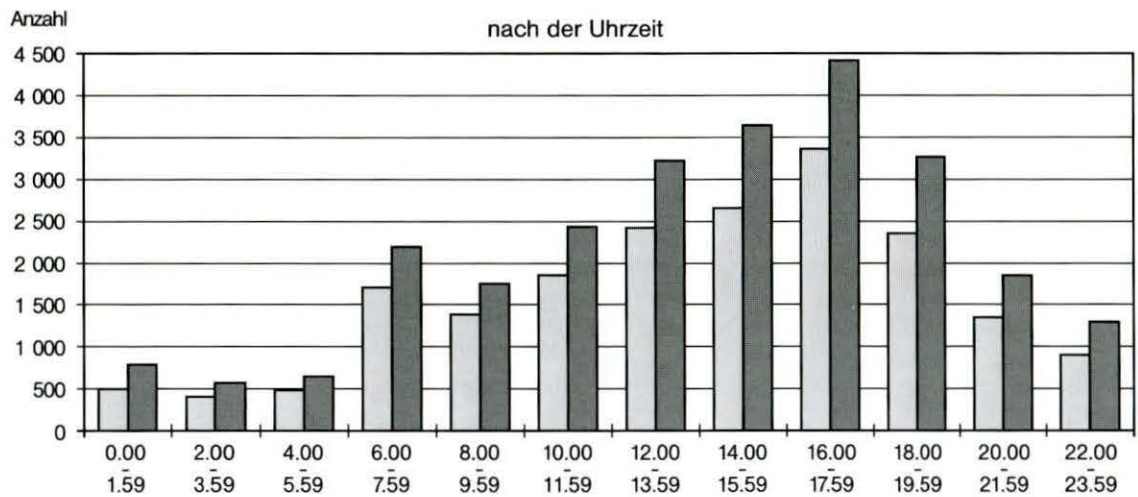
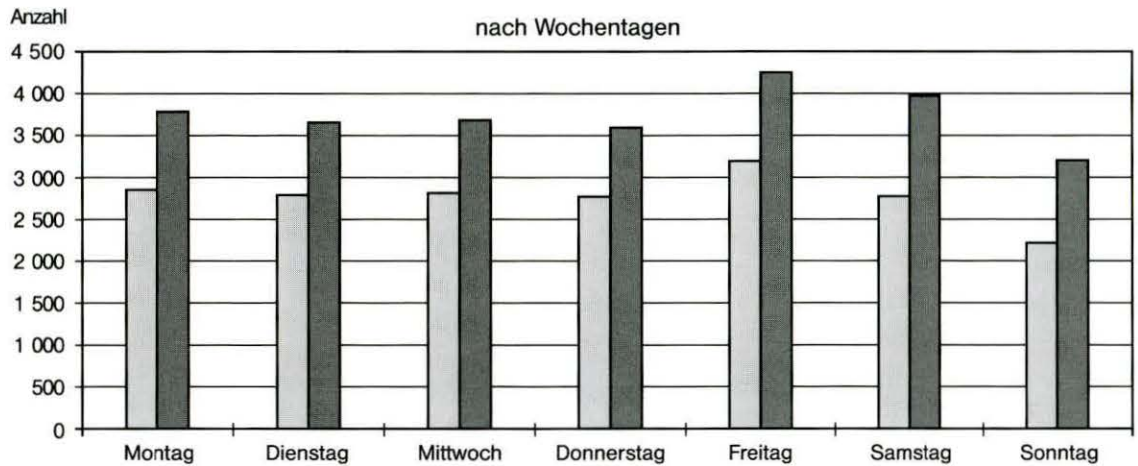
Bei den Unfallursachen führte, wie bereits in den Vorjahren, nicht angepasste Geschwindigkeit die Statistik an. Insgesamt 5 603 Unfälle mit Personenschaden waren auf diese Ursache zurückzuführen. Dabei wurden 194 Verkehrsteilnehmer getötet, 2 435 erlitten schwere und 5 510 leichte Verletzungen. Die Missachtung der Vorfahrt bzw. des Vorrangs anderer Verkehrsteilnehmer führte zu 3 375 Unfällen mit 41 Getöteten und 883 Schwer- bzw. 3 841 Leichtverletzten. Es folgten 2 683 Unfälle durch Fehler beim Abbiegen, Wenden, Ein- und Ausfahren und 2 546 durch ungenügenden Abstand. An fünfter Stelle folgten 1 441 Unfälle durch Alkoholeinfluss. Jedoch sind diese Unfälle besonders folgen-

Fehlverhalten der Fahrzeugführer bei Unfällen mit Personenschaden 1999 nach Art der Verkehrsbeteiligung

Unfallursache	Ins- gesamt ¹⁾	Darunter Fahrzeugführer von		
		Personen- kraft- wagen	Motorzweirädern mit amtlichem Kennzeichen	Fahrrädern
Fallzahlen (Anzahl)				
Mangelnde Verkehrstüchtigkeit	1 795	1 251	86	189
darunter Alkoholeinfluss	1 453	995	75	157
Falsche Straßenbenutzung	1 330	736	73	293
Nicht angepasste Geschwindigkeit	5 686	4 198	743	210
Ungenügender Abstand	2 686	2 187	125	43
Fehler beim Überholen	1 060	712	172	49
Vorbeifahren	90	67	5	6
Nebeneinanderfahren	224	164	5	2
Nichtbeachten von Vorfahrt oder Vorrang	3 403	2 758	64	233
Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren	2 696	2 101	49	217
Falsches Verhalten gegenüber Fußgängern	970	814	14	39
Fehler im ruhenden Verkehr	163	142	2	1
Nichtbeachten der Beleuchtungsvorschriften	48	16	-	19
Fehler bei Ladung, Besetzung	83	27	4	5
Andere Fehler beim Fahrzeugführer	3 056	1 823	267	491
Fehlverhalten der Fahrzeugführer insgesamt	23 290	16 996	1 609	1 797
Anteil in %				
Mangelnde Verkehrstüchtigkeit	7,7	7,4	5,3	10,5
darunter Alkoholeinfluss	6,2	5,9	4,7	8,7
Falsche Straßenbenutzung	5,7	4,3	4,5	16,3
Nicht angepasste Geschwindigkeit	24,4	24,7	46,2	11,7
Ungenügender Abstand	11,5	12,9	7,8	2,4
Fehler beim Überholen	4,6	4,2	10,7	2,7
Vorbeifahren	0,4	0,4	0,3	0,3
Nebeneinanderfahren	1,0	1,0	0,3	0,1
Nichtbeachten von Vorfahrt oder Vorrang	14,6	16,2	4,0	13,0
Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren	11,6	12,4	3,0	12,1
Falsches Verhalten gegenüber Fußgängern	4,2	4,8	0,9	2,2
Fehler im ruhenden Verkehr	0,7	0,8	0,1	0,1
Nichtbeachten der Beleuchtungsvorschriften	0,2	0,1	0,0	1,1
Fehler bei Ladung, Besetzung	0,4	0,2	0,2	0,3
Andere Fehler beim Fahrzeugführer	13,1	10,7	16,6	27,3
Fehlverhalten der Fahrzeugführer insgesamt	100	100	100	100

1) Einschließlich Fahrzeugführer von Straßenbahnen, Eisenbahnen, bespannten Fuhrwerken sowie sonstigen und unbekannten Fahrzeugen.

Unfälle mit Personenschaden und Verunglückte 1999



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 76/2000

schwer. So wurden 1999 bei Unfällen mit alkoholisierten Beteiligten 43 Menschen getötet, 630 erlitten schwere und 1 248 leichte Verletzungen.

Es zeigt sich jedoch, dass die Rangfolge der Unfallursachen bei den verschiedenen Arten der Verkehrsteilnehmer sehr unterschiedlich ist. Bei Fahrern von Personenkraftwagen war nicht angepasste Geschwindigkeit die Unfallursache Nummer eins. Knapp ein Viertel aller Unfälle mit Personenschaden ging zu Lasten von überhöhtem Tempo. Es folgten die Missachtung der Vorfahrt anderer Verkehrsteilnehmer (16%), zu geringer Sicherheitsabstand (13%) sowie Fehler beim Abbiegen, Wenden und Einfahren in den fließenden Verkehr (12%). Der Genuss von Alkohol (5,9%) folgte an fünfter Stelle.

Die Wahl einer angemessenen Geschwindigkeit scheint insbesondere Führern von Motorrädern und Motorrollern mit amtlichem Kennzeichen Probleme zu bereiten. Bei mehr als 46% der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Lenker dieser Fahrzeugarten wurde eine zu hohe Geschwindigkeit als Ursache festgestellt. Fehler beim Überholen (11%) und ein zu geringer Abstand zum Vorausfahrenden (7,8%) folgten auf den Plätzen zwei und drei. In 4,7% der Unfälle spielte Alkohol eine Rolle.

Ganz anders lagen die Schwerpunkte der Unfallursachen bei den unfallbeteiligten Fahrradfahrern. Häufigste Ursache (16%) war die falsche Straßenbenutzung. Hierzu zählt insbesondere das Befahren von Einbahnstraßen entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung. Das Nichtbeachten der Vorfahrtsregeln sowie Fehler beim Abbiegen, Wenden und Einfahren in den fließenden Verkehr führten ebenfalls häufig zu Unfällen. Knapp 12% verunglückten durch eine der Situation nicht angepasste Geschwindigkeit. Deutlich höher als bei den zuvor genannten Verkehrsteilnehmern lag der Anteil der Unfälle mit Alkoholeinfluss. Knapp 8,7% aller an einem Unfall mit Personenschaden beteiligten Radfahrer waren alkoholisiert.

Unfallursachen und Alter

In Abhängigkeit vom Alter haben Unfallursachen eine unterschiedlich ausgeprägte Bedeutung. So ist bei den Kraftfahrern unter 55 Jahren nicht angepasste Geschwindigkeit die relativ häufigste Ursache der Unfälle mit Personenschaden. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen. Dort führte zu schnelles Fahren zu mehr als einem Drittel aller Unfälle (38%). Auf Platz zwei lag die Missachtung der Vorfahrt bzw. des Vorrangs anderer Verkehrsteilnehmer. Rund 13% der Fahrzeuglenker unter 55 Jahren verursachten hierdurch einen Unfall. Auf den Plätzen drei und vier folgten ungenügender Abstand (12%) und Fehler beim Abbiegen und Wenden sowie beim Ein- und Ausfahren in den fließenden Verkehr (8,7%).

Eine andere Rangfolge ergibt sich in Bezug auf das Fahrverhalten der älteren Unfallbeteiligten. So lagen bei den 55- bis 64-Jährigen Vorfahrtsmissachtungen (20% aller festgestellten Ursachen), gefolgt von Schwierigkeiten beim Abbiegen, Wenden und Ein- und Ausfahren (12%) sowie nicht angepasste Geschwindigkeit (14%) auf den vorderen Plätzen.

Bei den Senioren im Alter von 75 Jahren und darüber lag die nicht angepasste Geschwindigkeit mit 11% nur noch auf Platz drei, während 14% beim Abbiegen und Wenden Schwierigkeiten hatten und 28% die Vorfahrt missachteten.

Die meisten Unfälle ereigneten sich freitags

Der gefährlichste Tag auf den rheinland-pfälzischen Straßen war der Freitag. An diesem Wochentag ereigneten sich 3 191 Unfälle mit Personenschaden, an den übrigen Wochentagen waren es jeweils weniger als 3 000. Die wenigsten Unfälle (2 215) fielen auf den Sonntag. Besonders folgenschwere Unfälle ereigneten sich dagegen an Samstagen. An keinem anderen Tag waren so viele Verkehrstote (76) und schwer verletzte Fahrzeugbenutzer sowie Fußgänger (1 012) zu beklagen. Die schwer wiegenden Unfälle mit Sachschaden verteilten sich dagegen recht gleichmäßig auf die Wochentage, wobei die Häufigkeit mittwochs (1 089) und freitags (1 079) am höchsten war und sonntags am geringsten (942).

Sehr deutliche Unterschiede zeigten sich erwartungsgemäß beim Unfallgeschehen zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten. Im Berufsverkehr zwischen 14.00 und 18.00 Uhr ereignete sich knapp ein Drittel (31%) aller Unfälle mit Personenschaden. Ebenso wurden knapp 31% aller Unfallopfer in diesem Zeitraum verletzt oder getötet.

Ebenfalls besonders unfallträchtig war die Zeit zwischen 12.00 und 14.00 Uhr, in der sich viele halbtags Beschäftigte und die Schulkinder auf dem Weg nach Hause befinden. Rund 13% aller Personenschadensunfälle mit 12% aller Verunglückten ereigneten sich in diesen zwei Stunden. Ähnlich hohe Werte wurden für die Zeit zwischen Büroschluss und Ende der Öffnungszeiten im Einzelhandel festgestellt. So ereigneten sich zwischen 18.00 und 20.00 Uhr gut 12% aller Unfälle, bei denen 13% aller Toten und Verletzten registriert wurden.

Erstaunlich niedrig waren die Zahlen in den Morgenstunden. Auf die Zeit zwischen 6.00 und 8.00 Uhr entfielen nur 8,9% aller Unfälle, zwischen 8.00 und 10.00 Uhr waren es nur 7,1%. Die niedrigsten Anteile ergaben sich erwartungsgemäß für die Nachtstunden, in denen nur ein sehr geringer Fahrzeugverkehr stattfindet. Zwischen Mitternacht und 6.00 Uhr morgens ereigneten sich nur 7,1% aller Unfälle.

Die Entwicklung des Unfallgeschehens zeigt auch eine saisonale Komponente. So lagen die Unfallzahlen in den Sommermonaten deutlich höher als im Winterhalbjahr. Von Mai bis Oktober ereigneten sich monatlich zwischen 1 684 und 1 983 Verkehrsunfälle mit Verletzten oder Getöteten. In den übrigen Monaten bewegten sich die Zahlen zwischen 1 148 und 1 533. Ähnlich verhält es sich bei den Getöteten. Die meisten Verkehrstoten waren im Juni (43), August (43) und September (45) zu beklagen, während die niedrigsten Zahlen im Februar und März mit 21 bzw. 16 Verkehrstoten ermittelt wurden.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Joachim Günther

Aufbau eines amtsweiten Kommunikationsnetzes im Statistischen Landesamt

Seit 1995 wird im Statistischen Landesamt an der Umsetzung des Projektes „Amtsweites Kommunikationsnetz/Intranet“ gearbeitet. Durch den Aufbau eines Lokalen Netzes (LAN) sind die Voraussetzungen für ein amtsweites Kommunikationssystem zu schaffen.

Ein solches Netz ist unabdingbare Voraussetzung für ein Partizipieren an der technologischen Entwicklung. Client-Server-Anwendungen, Bereitstellung zentraler Dienste, Aufbau eines Intranet und Schaffung von zentralen Kommunikationsmöglichkeiten sind ohne ein amtsweites Kommunikationsnetz nicht realisierbar.

Von zentraler Bedeutung für das Statistische Landesamt sind dabei insbesondere Dienste und Kommunikationsmöglichkeiten wie der Großrechnerzugang zum Rechenzentrums-Dienstleister DIZ (Daten- und Informationszentrum Rheinland-Pfalz), die Nutzung des Internet sowohl als Anwender als auch als Anbieter, Aufbau und Betrieb eines hausinternen Mailsystems mit Schnittstellen nach außen, zentraler Faxzugang, zentrale Datenhaltung und Dokumentenaustausch/Dokumentenverteilung.

Ausgangslage

Bis Mitte der 90er-Jahre bildete eine weitläufige Verkabelung auf der Basis von Koaxialkabeln die physikalische Grundlage der Vernetzungsstrukturen im Statistischen Landesamt.

Durch an den Großrechner über Bildschirmsteuer-einheiten angeschlossene Terminals, großrechnergebundene Drucksysteme unterschiedlichster Leistungsklassen sowie PC-Systeme, die mittels Koaxialadapter (Hardware) und 3270-Emulation (Software) angebunden waren, wurde die Kommunikation mit der zentralen Datenverarbeitung im Rechenzentrum ermöglicht. Das gesamte Netzwerk wurde auf der Basis des IBM-Protokolls SNA (System Network Architecture) betrieben.

Funktionalitäten der Bürokommunikation waren nur in sehr eingeschränktem Maße und in der Regel nur auf der einzelnen Workstation möglich. In einzelnen Arbeitsbereichen – z. B. in der Abteilung Verwaltung, dem für die Krankenhausautomation zuständigen Bereich und im Schulungsbereich – entstanden daher schon früh neben dem koaxialbasierten Netz erste lokale PC-Netzwerke auf der Basis einer Busverkabelung bzw. einer strukturierten Verkabelung.

Die dv-technologischen Entwicklungen mit dem Trend, mehr und mehr Verarbeitungskapazität und Verarbeitungsintelligenz an den einzelnen Arbeitsplatz zu verlagern – und damit weg von den rein großrechnerbasierten Arbeitsstationen (Terminals) hin zu intelligenten Vor-Ort-Systemen (PC-Systeme, Workstations) – zeigten dann sehr schnell, dass eine neue, hausweit einheitliche, leistungsfähige Netzstruktur erforderlich wurde.

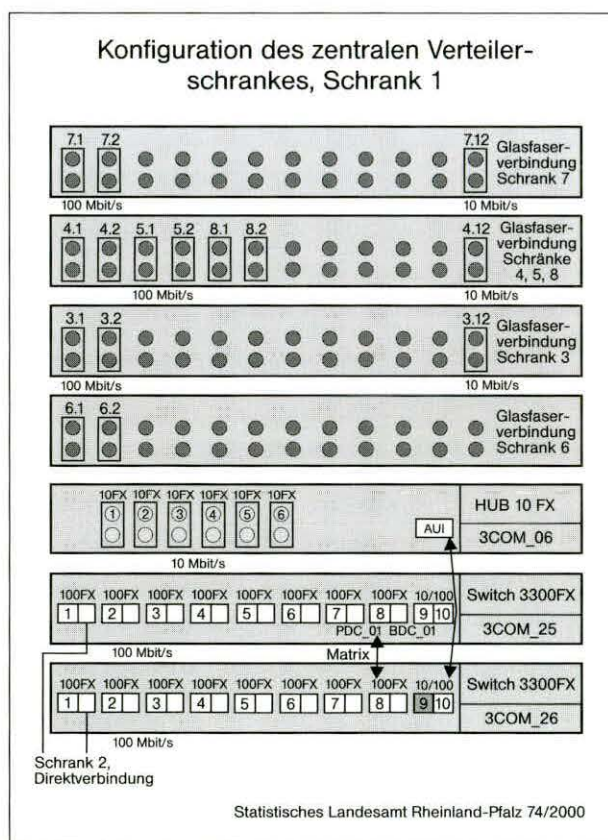
Mit dem vorhandenen, historisch gewachsenen Koaxialnetz ließen sich die Anforderungen an die Datenverarbeitung – z. B. die Bereitstellung einer umfassenden Bürokommunikation – nicht mehr bewältigen.

Grundlagen des Netzwerkes

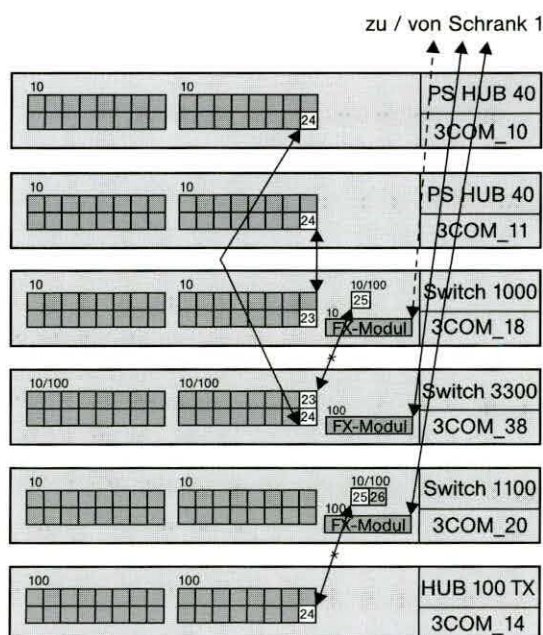
Ab dem Jahr 1995 wurden daher die Verkabelungs- und Vernetzungsstrukturen im Statistischen Landesamt sukzessive auf eine neue, einheitliche Plattform gestellt. Alle Gebäudetakte und Räumlichkeiten des Statistischen Landesamtes wurden dabei bis Ende 1999 abschnittsweise mit einer strukturierten Verkabelung auf der Basis von Kupferkabeln der Kategorien 5+ bzw. 7 ausgestattet. Parallel dazu wurden vorhandene Bildschirmterminals durch PC-Systeme ersetzt und an dieses neue Netzwerk angebunden.

Über in den einzelnen Gebäudetakten und Gebäudegeschossen installierte Verteilerschränke wurde das hausweite Gesamtnetzwerk aufgebaut. Diese Verteilerschränke sind untereinander mit Glasfaserstrecken verbunden, die Datenübertragungsrate beträgt zurzeit 100 Mbit/s. Die Verbindung selbst geschieht heute ausschließlich über eine redundante Anbindung so genannter Switches (aktive Netzwerkkomponenten) an diese Glasfaserstrecken.

Neben diesen Verbindungen bestehen – aus der frühen Aufbauphase stammend – noch Leitungsstrecken



Konfiguration eines Verteilerschranks, Schrack 2



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 75/2000

mit einer Datenübertragungsrate von 10 Mbit/s. Diese ermöglichen im Bedarfsfall einen eingeschränkten Netzbetrieb und schaffen damit eine erhöhte Ausfallsicherheit.

Die einzelnen Endgeräte (Server-Systeme, PC-Systeme, Netzwerkdrukssysteme) sind – je nach Einsatzfeld und Konfiguration der Netzwerkkarten – mit 100 Mbit/s (Regelfall) oder 10 Mbit/s (ältere Systeme) über Switches oder Hubs (passive Netzwerkkomponenten) angebunden.

Das gesamte Netzwerk wird als so genanntes Fast-Ethernet betrieben, die an das Netz angeschlossenen Stationen verwenden die CSMA/CD-Methode (Carrier Sense Multiple-Access with Collision Detection) für die gemeinsame Nutzung der physikalischen Übertragungsmedien. Zentrales Netzwerk-Protokoll ist dabei TCP/IP (Transmission Control Programm/Internet Protocol).

Ausstattung der Arbeitsplatzsysteme

Mittlerweile sind – mit Ausnahme eines PC-Systems der Personalvertretung – alle PC-Systeme, die im Hause im Einsatz sind, an das Netzwerk angebunden. Zurzeit werden rund 400 PC-Systeme eingesetzt, eine Vollausstattung aller Abteilungen und Arbeitsbereiche des Hauses ist weitestgehend erreicht.

Im Zuge der Verkabelung und Vernetzung ist die Hardware- und Softwareausstattung dieser Workstation-Systeme sukzessiv vereinheitlicht worden.

Ein typischer PC-Arbeitsplatz besitzt heute nachfolgende Hardwareausstattung:

Bauteil	Ausstattung
Gehäuse	Tower-Gehäuse
Mainboard	ASUS oder vergleichbar (Markenboard)
Prozessor	grundsätzlich Pentium-Prozessor, verschiedene Leistungsklassen je nach Beschaffungsdatum
Hauptspeicher	mindestens 64 MB, EDO oder SDRAM
Festplatte	mindestens 1 GB
Diskettenlaufwerk	3,5"-Laufwerk, grundsätzlich vorhanden
CD-ROM-Laufwerk	grundsätzlich vorhanden
Tastatur	Cherry-Tastatur, Windows-kompatibel
Maus	Wheel-Maus (bei älteren Systemen noch herkömmliche 2-Tasten-Maus)
Netzwerkkarte	3 COM TX 905 oder Nachfolgemodell
Monitor	17"-Monitor
Grafikkarte	2 MB oder höher, PCI- oder AGP-Karte

Je nach Bedarf sind an den einzelnen Arbeitsplätzen lokale Drucksysteme installiert. Bis auf einige Ausnahmen sind dies ausschließlich Laserdrucksysteme unterschiedlichster Leistungsklassen. Über Freigabemechanismen des Betriebssystems Windows NT „teilen“ sich mehrere Personen in einem Büroraum die vorhandenen Arbeitsplatzdrucker und haben damit einfache Möglichkeiten des Vor-Ort-Ausdrucks.

Für größere Druckvolumen und komplexe Ausdrucke steht im Netzwerk eine Vielzahl von Netzdrucksystemen bereit.

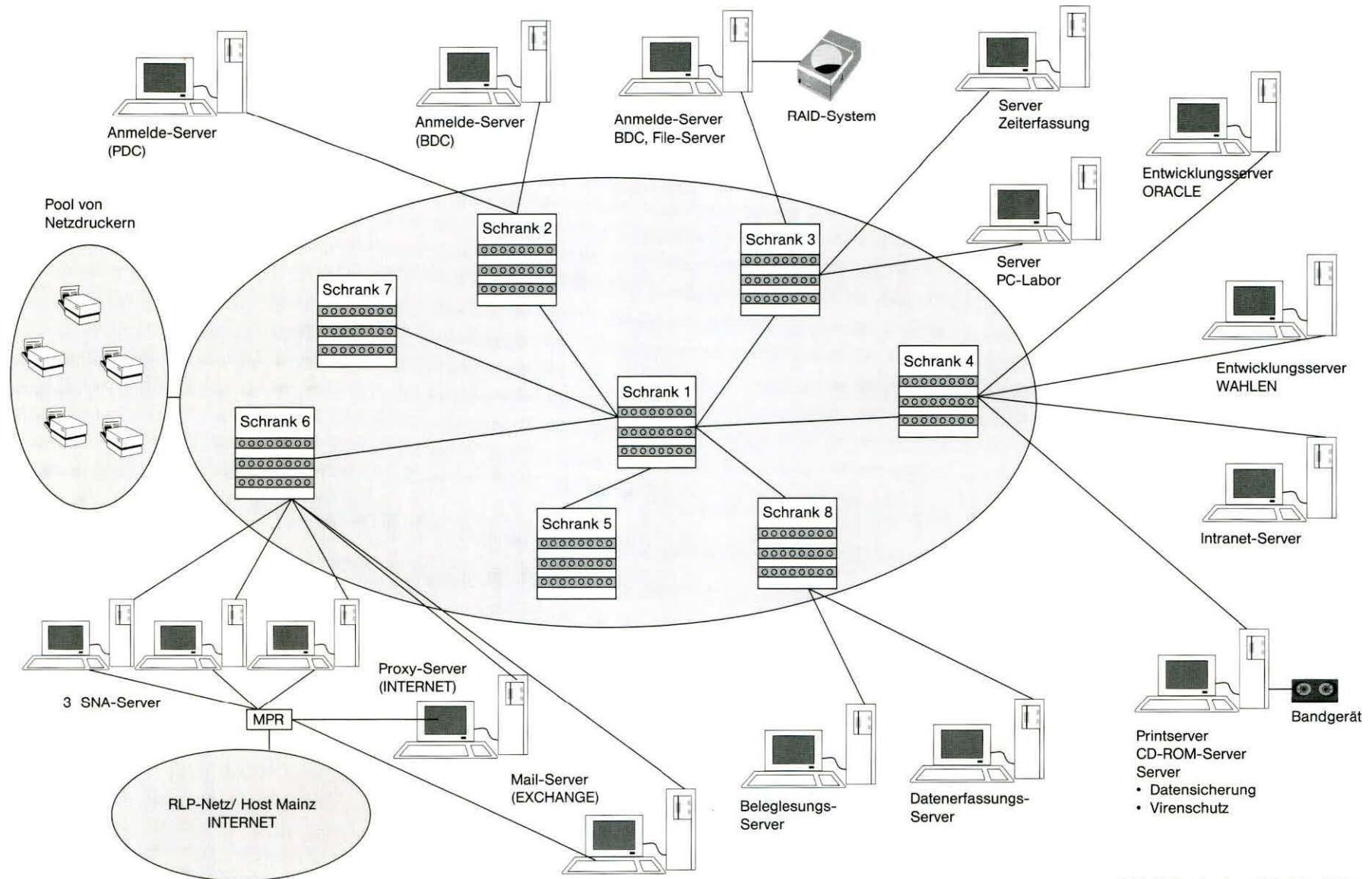
Die Standardsoftwareausstattung ist wie folgt:

Funktionalität	Ausstattung
Betriebssystem	Microsoft Windows NT 4.0, SP 5
Netzanbindung	NT-Client
Textverarbeitung	Word 97
Tabellenkalkulation	Excel 97
Datenbanksystem	Access 97
Präsentation	PowerPoint 97
Großrechneranbindung	SNA-Client Personal Communication 4.1
Mailing/Dokumentenaustausch	Exchange-Client Outlook
Virenschutz	McAfee Virus Scan

Sämtliche Software ist dabei lokal installiert. Im Bedarfsfall ist es bei den meisten Systemen möglich, über so genannte „Images“ (Kopie der Software-Konfiguration eines PC-Systems) die Basiskonfiguration schnell wiederherzustellen. Alle Benutzer- und Produktionsdaten sind auf einem zentralen File-Server-System abgespeichert.

Daneben wird – in Abhängigkeit von den Anforderungen an einzelnen Arbeitsplätzen – weitere Standardsoftware wie z. B. Corel Draw, Visio u. a. eingesetzt. Für spezielle Anwendungen im Statistikbereich stehen Auswertungstools wie SPSS, Monarch und Seagate Chrystal Reports zur Verfügung.

Netzwerkconfiguration im Statistischen Landesamt



Die Anwendungsentwicklung auf der Windows-NT-Plattform erfolgt zum einen auf der Basis der Standardsoftwareprodukte des Microsoft Office-Paketes (Word 97, Excel 97 und Access 97), zum anderen – und dies ausschließlich in der Abteilung Informationstechnik – mittels spezieller Softwaretools und Softwareentwicklungsumgebungen. Zentrale Entwicklungsplattform (Sprache) für Client-Server-Anwendungen ist dabei JAVA, unterstützt durch den Einsatz des Tools „JBUILDER“. Daneben wird auch noch das Softwaretool „DELPHI“ im Rahmen von DV-Projekten eingesetzt.

Netzdienste und ihr Nutzen

Auf derzeit insgesamt 16 verschiedenen Serversystemen stehen die nachfolgenden Dienstleistungen, die letztlich den Nutzen dieser neu geschaffenen Infrastruktur darstellen, zur Verfügung.

Über einen zentralen Anmeldeserver (PDC = Primary Domain Controller) meldet sich jeder Benutzer an das Netzwerk an. Sicherheitsüberprüfungen (Anmeldung mit Benutzerkennung und Passwort) sowie ein ausgefeiltes Zugriffsregelwerk stellen sicher, dass die Datenschutzerfordernisse erfüllt werden.

Die einzelnen Benutzer sind dabei gemäß den wachsenden Aufgaben entsprechenden Benutzergruppen zugeordnet.

Neben diesem zentralen System stehen zwei Backup-Server (BDC = Backup Domain Controller) zur Verfügung, die im Bedarfsfall die Aufgaben des PDC übernehmen können und somit eine Ausfallsicherheit und hohe Verfügbarkeit sicherstellen.

Einer der beiden BDC-Server steuert auch die zentral vorgehaltene Plattenspeicherkapazität als so genannter File-Server. Auf einem Magnetplattensystem, im Speziellen einem Hochverfügbarkeitssystem auf der Basis der RAID-5-Technologie (RAID = Redundant Arrays of Independent Disks), wird den Benutzern oder Benutzergruppen Plattenspeicherplatz im Netzwerk zur Verfügung gestellt. Die Hard- und Softwarearchitektur des RAID-Systems sowie die automatisierte, tägliche Datensicherung dieser Plattenplatzbestände stellt die Verfügbarkeit und Integrität der Daten sicher.

Auf diesem File-Server-System stehen derzeit 54 GB an Benutzerkapazität zur Verfügung, ein weiterer Ausbau ist möglich.

Ein Mail-Server auf der Basis von Microsoft EXCHANGE und OUTLOOK 98 ermöglicht Nachrichten- und Dokumentenaustausch im Innenverhältnis über das Netz. Ausdrucke von Dokumenten, herkömmliche Hauspostzustellungen oder persönliche Transporte können dadurch reduziert werden.

Mit der Schaffung des zentralen Internet- und E-Mail-Zuganges über das Netz ermöglicht dieser Server auch die komplette Mail-Funktionalität im Außenverhältnis.

Drucken im Netz ist eine weitere zentrale Dienstleistung, die angeboten wird. Drucksysteme verschiedener Leistungsklassen mit unterschiedlichen technischen

Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um – neben vorhandenen Arbeitsplatzdrucksystemen – Formulardruck und Dokumentendruck schnell und komfortabel abzuwickeln. Die verstärkte Einbindung des Großrechners in diese Infrastruktur ist für die Zukunft vorgesehen.

Die Steuerung des Netzdruckes findet über einen entsprechenden Server statt, der zusätzlich noch die Funktionalitäten „zentraler CD-ROM-Server“ und „Datensicherungsserver“ übernimmt.

Das hausweite Intranet ist die zentrale Plattform für Information und Kommunikation im Innenverhältnis. Ein zentraler Server stellt diese Dienstleistungen bereit. Eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten, z. B. lokale Telefonauskunft, Nachrichten und Dienstleistungen, innerdienstliche Mitteilungen und schwarzes Brett, bilden eine umfangreiche Kommunikationsbörse.

Von zentraler Bedeutung für das Statistische Landesamt ist die Nutzung des Großrechnersystems, betrieben vom DIZ in Mainz. Dort wird ein Großteil der gesamten DV-Verarbeitung für das Statistische Landesamt abgewickelt. Dies betrifft sowohl die Produktionsseite (Dialogsysteme unter den Datenbank-Systemen Adabas/Natural und IMS sowie die gesamte Batchproduktion) als auch die Entwicklungsseite; eine Vielzahl von Programmierern und Programmierern entwickeln und pflegen großrechnerbasierte DV-Anwendungen.

Drei so genannte „SNA-Server“ stellen über das RLP-Netz – betrieben vom Rechenzentrums-Dienstleister DIZ – diese Anbindung her und gewährleisten den hausweiten Großrechnerzugriff. Die Anbindung erfolgt über einen so genannten „Multiprotokollrouter“, den das DIZ als Schnittstelle zur Verfügung stellt. Nahezu alle Benutzer des Netzes haben damit die Möglichkeit, auf das Zentralrechnersystem zuzugreifen.

Neben der hausinternen Kommunikation auf der Basis des oben beschriebenen Intranets wird auch der Internetzugang zentral über das hausweite Netz abgewickelt. Provider für das Statistische Landesamt ist dabei das DIZ. Die entsprechende Kommunikationsschnittstelle auf Seiten des Statistischen Landesamtes bildet ein so genannter Proxy-Server, dieser ist einerseits an das hausweite Netz, andererseits an den bereits oben erwähnten Multiprotokollrouter des DIZ angebunden.

Für einzelne Arbeitsbereiche/Aufgabenbereiche sind eigenständige Serversysteme vorhanden, die an das hausweite Netzwerk angebunden sind und somit eine allumfassende Kommunikation und den Datenaustausch ermöglichen.

Dies sind im Einzelnen:

- Beleglesungsserver mit Scanner sowie Texterkennung- und Verifizierungsplätzen,
- Datenerfassungsserver mit Erfassungsplätzen,
- Entwicklungsserver auf der Basis des Datenbank-Systems ORACLE,

- Entwicklungsserver für Anwendungen im Zusammenhang mit Wahlen,
- Serversystem mit einem Lehrer- und zwölf Schülerarbeitsplätzen für die Aus- und Weiterbildung,
- Serversystem zur Zutrittskontroll- und Zeitdatenerfassung.

Datenschutz und Datensicherheit müssen – gerade in einem Statistischen Landesamt – als unverzichtbar angesehen werden. Über den bereits erwähnten Server werden täglich die Daten der zentralen Server-Systeme und des ausschließlich zu diesem Zweck an das Netz angeschlossenen Serversystems zur Zutrittskontroll- und Zeitdatenerfassung gesichert. Eine räumliche Trennung zwischen den Servern und den Sicherungsdaträgern gewährleistet auch im Katastrophenfall die Verfügbarkeit der Daten.

Der permanente und aktuelle Virenschutz der Serversysteme wird ebenfalls über dieses System zentral bereitgestellt.

Neben den Virenchecksystemen auf der Serverseite sind alle PC-Systeme mit einem permanent aktiven Virenchecker (McAfee) ausgestattet. Über eine zentrale Management-Software wird die automatische Verteilung der neuesten Virenschutz-Module sowie der laufende Update der DAT-Dateien (Virensignaturen) sichergestellt.

Die Serversysteme sind aus Gründen der Ausfallsicherheit über USV-Anlagen (unterbrechungsfreie Stromversorgung) gegen Stromausfälle und Stromschwankungen abgesichert. Dadurch ist eine hohe Verfügbarkeit einerseits und eine kontrollierte Steuerung dieser Systeme andererseits möglich.

Ausblick

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Amtsweites Kommunikationsnetz“ stehen noch verschiedene Maßnahmen an, die in den nächsten Monaten realisiert werden:

- Konzeption und Einrichtung eines zentralen Faxdienstes,
- Konzeption und Einrichtung einer Systemumgebung für effizientes Netzwerk- und Systemmanagement,

- Erarbeitung und Umsetzung neuer Möglichkeiten des kostengünstigen und effizienten Druckens im Netzwerk – insbesondere unter Berücksichtigung des Großrechnerdrucks. Die volle Host-Druckfunktionalität, inklusive Beleg- und Formulardruck, soll über in das Netzwerk eingebundene Drucksysteme zur Verfügung gestellt werden.

Der Abschluss all dieser Arbeiten ist bis Ende des Jahres vorgesehen.

Fazit

Schon heute steht allen Benutzern im Statistischen Landesamt eine leistungsfähige DV-Infrastruktur zur Verfügung. Nach Abschluss der obigen Arbeiten wird die Aufbauphase abgeschlossen sein und das Netzwerk mit seiner vollen Funktionalität in den Routinebetrieb übergehen.

Administration und Management des Netzwerkes stehen dann im Vordergrund der Arbeiten. Gleichwohl muss ein solches Netzwerk laufend weiterentwickelt und an die technologischen Entwicklungen angepasst werden.

Die weitere Entwicklung und der Einsatz von Client-Server-Anwendungen, die Migration bisheriger Großrechnerlösungen auf netzbasierte Anwendungen, der Auf- und Ausbau netzbasierter Datenbankanwendungen sowie die konsequente und durchgängige Nutzung aller Kommunikationsmöglichkeiten des Netzwerkes, unterstützt z. B. durch ein Workflow- und Dokumentenmanagementsystem, sind einige zentrale Aufgaben der nahen Zukunft.

Neben den schon jetzt von den Anwendern in vielfältigster Form genutzten Funktionalitäten des Netzwerkes mit den dort zur Verfügung gestellten erweiterten und komfortableren Möglichkeiten gegenüber früheren Zeiten kann dadurch die geschaffene Infrastruktur noch nutzbringender eingesetzt werden.

Diplom-Informatiker Joachim Rünz

Erwerbstätigkeit 1991 bis 1999

– Neuberechnete Länderergebnisse –

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hat Neuberechnete Erwerbstätigenzahlen für die Jahre 1991 bis 1999 vorgelegt. Die Ergebnisse haben Bedeutung für die laufende Beobachtung von strukturellen Veränderungen der Erwerbstätigkeit. Sie dienen auch als Bezugsgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Berechnungen wurden erstmals nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995) vorgenommen. Die Ratsverordnung zum ESGV 1995 verpflichtet alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Erwerbstätigen am Arbeitsort nach einheitlichen Konzepten und Systematiken zu berechnen, sodass alle gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene europaweit vergleichbar sind. Das ESGV 1995 löst das bisher in Deutschland angewandte nationale System ab. Die Ergebnisse sind zunächst noch als vorläufig anzusehen.

Die Berechnungen wurden für alle Bundesländer nach einem einheitlichen Verfahren durchgeführt. Das Modell wurde vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ entwickelt, dem Vertreter aller statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes angehören. Datengrundlage ist eine Vielzahl von Statistiken, die Angaben über Erwerbstätige machen, so zum Beispiel die Beschäftigtenstatistik mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Personalstandstatistik mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes oder der auf Stichprobenbasis jährlich durchgeführte Mikrozensus mit Angaben zu den Erwerbstätigen am Wohnort sowie zahlreiche weitere Statistiken.

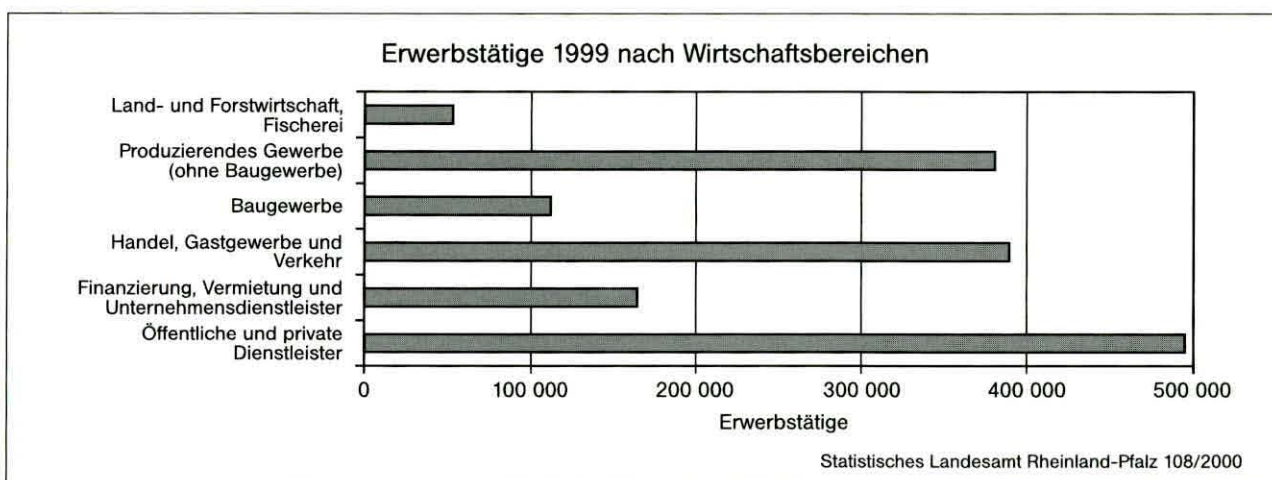
Eine wesentliche Änderung gegenüber den bisher veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen ist in der Einführung einer neuen wirtschaftsfachlichen Gliederung zu sehen. Die revidierte europäische Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1 bzw. deren deutsche Fassung WZ 93 hat zahlreiche Neustrukturierungen gebracht. So gibt es beispielsweise den früheren Wirtschaftsbereich „Staat“ nicht mehr; stattdessen verteilen sich die staatlichen Aktivitäten auf die unterschiedlichen

ten Bereiche, neben der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung beispielsweise auch auf die Bereiche Erziehung und Unterricht oder Gesundheits- und Sozialwesen. Mit der Umstellung auf das ESGV 1995 erfolgte in der Erwerbstätigenrechnung in Deutschland vor allem eine Korrektur des bisherigen Niveaus der Ergebnisse nach oben, die auf eine umfassende Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten zurückgeht.

Die wirtschaftsfachliche Untergliederung der Ergebnisse des Arbeitskreises sieht einen Nachweis für insgesamt elf Positionen vor. Dabei handelt es sich um einzelne bzw. zusammengefasste Abschnitte der NACE-Klassifikation. Für die beiden aktuellen Jahre 1998 und 1999 werden die Werte noch nicht in dieser Gliederungstiefe ausgewiesen, da zum Zeitpunkt der Berechnung noch nicht alle Datenquellen in hinreichender Weise zur Verfügung standen. Die Ergebnisse für das Jahr 1999 stammen aus der zweiten Schnellrechnung, die alle bis zum Juni 2000 vorliegenden erwerbsstatistischen Quellen berücksichtigt.

Bei den Ergebnissen handelt es sich um Jahresdurchschnittszahlen nach dem Arbeitsortkonzept. Es werden also diejenigen Erwerbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort. Die wirtschaftsfachliche Zuordnung der Erwerbstätigen erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes. Alle Ergebnisse sind – insbesondere wegen noch zu erwartender Korrekturen bei den geringfügig Beschäftigten – als vorläufig anzusehen. Kreisergebnisse nach dem revidierten Modell können derzeit noch nicht vorgelegt werden.

Erwerbstätige sind Personen, die eine Tätigkeit zum Zwecke des Erwerbs ausüben, unabhängig von der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Dabei spielt die Bedeutung, die diese Tätigkeit für den Lebensunterhalt hat, keine Rolle; insbesondere zählen auch geringfügige Beschäftigungen, die zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen, als Erwerbstätigkeit. Damit gehören zu den Erwerbstätigen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis



Erwerbstätige am Arbeitsort 1991 bis 1999 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
1 000									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	78,0	75,3	69,4	65,5	60,4	52,7	50,8	52,8	52,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	461,0	453,2	425,9	405,3	400,2	389,3	383,3	384,9	380,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3,5	3,4	3,2	3,2	3,3	3,2	2,5	.	.
verarbeitendes Gewerbe	440,6	432,9	406,0	385,8	380,8	370,2	365,1	366,7	362,9
Energie- und Wasserversorgung	16,8	16,9	16,7	16,3	16,2	16,0	15,8	.	.
Baugewerbe	116,2	117,0	115,9	118,2	118,8	114,5	108,9	111,6	111,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	393,4	394,0	393,8	394,7	393,6	395,5	392,2	392,2	389,6
Handel; Reparatur von Kfz und									
Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	309,7	309,7	310,6	313,2	314,2	316,7	315,2	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	83,7	84,3	83,2	81,5	79,4	78,8	77,0	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	132,2	138,0	141,4	146,7	150,9	154,6	157,4	160,5	164,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	48,2	49,9	50,2	49,5	48,9	48,8	48,2	.	.
Grundstückswesen, Vermietung,									
Unternehmensdienstleistungen	84,0	88,1	91,3	97,3	102,0	105,8	109,2	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	434,7	448,7	457,3	466,2	471,5	481,8	485,8	487,3	494,9
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	158,2	156,6	154,8	152,5	149,8	150,1	148,4	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und									
Sozialwesen; sonstige öffentliche und private									
Dienstleister; häusliche Dienste	276,5	292,1	302,5	313,8	321,7	331,7	337,4	.	.
Insgesamt	1 615,6	1 626,3	1 603,6	1 596,6	1 595,4	1 588,5	1 578,4	1 589,2	1 594,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	x	-3,5	-7,9	-5,6	-7,7	-12,7	-3,6	4,0	0,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	x	-1,7	-6,0	-4,8	-1,2	-2,7	-1,5	0,4	-1,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	x	-3,8	-7,0	0,6	2,7	-2,3	-21,3	.	.
verarbeitendes Gewerbe	x	-1,8	-6,2	-5,0	-1,3	-2,8	-1,4	0,5	-1,0
Energie- und Wasserversorgung	x	0,4	-1,1	-2,4	-0,9	-1,1	-1,5	.	.
Baugewerbe	x	0,7	-1,0	1,9	0,5	-3,6	-4,9	2,4	0,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	x	0,1	-0,1	0,2	-0,3	0,5	-0,8	0,0	-0,7
Handel; Reparatur von Kfz und									
Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	x	0,0	0,3	0,8	0,3	0,8	-0,5	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	x	0,7	-1,2	-2,0	-2,7	-0,7	-2,2	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	x	4,4	2,4	3,8	2,8	2,5	1,8	1,9	2,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	x	3,5	0,5	-1,3	-1,3	-0,2	-1,1	.	.
Grundstückswesen, Vermietung,									
Unternehmensdienstleistungen	x	4,9	3,6	6,6	4,9	3,7	3,2	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	x	3,2	1,9	2,0	1,1	2,2	0,8	0,3	1,6
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	x	-1,0	-1,1	-1,5	-1,7	0,2	-1,1	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und									
Sozialwesen; sonstige öffentliche und private									
Dienstleister; häusliche Dienste	x	5,6	3,5	3,7	2,5	3,1	1,7	.	.
Insgesamt	x	0,7	-1,4	-0,4	-0,1	-0,4	-0,6	0,7	0,3

stehen (Beamte einschließlich Soldaten, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende), als Selbständige ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Erwerbstätige, die mehrere Tätigkeiten ausüben, werden nur einmal nach ihrer Haupttätigkeit erfasst.

Das Modell des Arbeitskreises sieht einen Nachweis nicht nur der Erwerbstätigen insgesamt, sondern auch der Arbeitnehmer vor, die die Beamten sowie die Arbeiter und Angestellten umfassen. Diese Angaben bilden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bezugswerte die Grundlage zur Berechnung von Pro-Kopf-Werten.

In dem betrachteten Zeitraum seit 1991 wurde mit 1 626 300 Erwerbstätigen die höchste Zahl für den Durchschnitt des Jahres 1992 errechnet. In den Folgejahren gab es immer weniger Erwerbstätige; der für das Jahr 1997 ermittelte Tiefststand konnte 1998 um 0,7% und 1999 um weitere 0,3% überboten werden.

Damit verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz günstiger als im gesamten Bundesgebiet. Während die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz im Ver-

gleichszeitraum per Saldo nur um 1% abnahm, gab es in Deutschland im Durchschnitt des Jahres 1999 über 4% Erwerbstätige weniger als 1991. Einen stark rückläufigen Trend weisen dabei die neuen Bundesländer auf, deren Erwerbstätigenzahlen nach den Berechnungen zwischen 13% und 18% zurückgingen.

Die 1 594 500 Erwerbstätigen, die 1999 ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz hatten, waren zum überwiegenden Teil (31%) im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister beschäftigt, 10,3% waren im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ tätig. Diese beiden Bereiche zeigen auch positive Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr. Beim produzierenden Gewerbe (einschließlich Baugewerbe) hatten 30,9% aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz, während 24,4% dem Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ zuzuordnen waren. Diese Bereiche weisen eine im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Erwerbstätigenzahl auf. Demgegenüber haben nur 3,3% der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 026	4 027	4 028
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	1 479	2 385	2 340	1 180 ^p	1 266 ^p	2 510 ^p	2 680 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	4,5	7,0	7,1	3,4 ^p	3,8 ^p	7,3 ^p	8,1 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	2 938	3 218	3 262
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	8,9	9,4	9,9
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 361	3 452	3 210
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	10,2	10,1	9,7
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	9	22	15
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	2,9	6,8	4,8
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	- 423	- 234	52
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 1,1	- 1,3	- 0,7	0,2
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	8 688	8 149	8 948
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	6 865	6 764	7 547
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	1 823	1 385	1 401
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	12 685	11 947	13 691
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	150 906	144 696	142 749	147 738	141 334	133 739	135 719
Männer	Anzahl	88 177	82 051	83 838	79 596	77 235	81 863	77 262	71 980	71 724
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	7 989	7 163	6 629	8 195	7 084	6 204	5 992
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	45 577	44 602	41 898	43 178	40 729	37 897	37 381
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	8,4	7,9	7,8	8,1	7,3	6,9	7,0
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	9,3	8,8	8,7	9,0	8,1	7,6	7,8
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	33 347	34 266	32 888	33 508	35 600	35 147	33 079
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	1 059	1 062	1 052	899	967	940	921
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	6 007	6 791	6 759	6 209	6 399	7 072	7 142
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	5 126	5 533	5 434	4 018	3 409	2 471	1 793
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
	t	12 389	12 637	12 279	12 221	12 190	12 356	11 564	12 299	10 651
Rinder	t	3 196	3 207	3 224	2 719	2 878	3 513	2 944	2 915	2 389
Kälber	t	28	29	25	24	21	23	46	18	20
Schweine	t	9 045	9 276	8 932	9 356	9 162	8 632	8 420	9 237	8 121
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	64 959	70 536	66 991	63 557	64 091	67 387	64 247
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	14 464	14 347	13 505	14 309	13 836	13 395	13 290
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 255	2 267	2 274	2 311	2 316	2 312	2 315
Beschäftigte	1000	312	308	306	307	307	302	302	303	305
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	200	197	196	196	197	192	193	193	194
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 611	26 090	26 424	25 302	26 425 ^r	27 162	24 695	27 557	24 772
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 635	1 660	1 895 ^r	1 598	1 641	1 903	1 885
Löhne	Mill. DM	913	903	881	878	966 ^r	846	865	987	950
Gehälter	Mill. DM	798	796	753	782	928 ^r	752	776	916	935
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	9 331	9 040	9 876 ^r	10 715	9 339	10 808	9 788
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	3 897	3 719	4 140 ^r	4 351	3 782	4 311	4 023
Exportquote ¹¹⁾	%	40,9	41,1	41,8	41,1	41,9 ^r	40,6	40,5	39,9	41,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	.	.	2 708 ^f	2 242	.	.	2 310
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{1) 2)}	Mill. kWh	9 686	10 093	.	.	9 418 ^f	11 037	.	.	9 438
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	65	67	.	.	60	75	.	.	57
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	33	35	.	.	30	43	.	.	26
schweres Heizöl	1 000 t	32	32	.	.	30	32	.	.	31
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 128	1 137	1 116 ^f	1 253	1 187	1 233	1 211
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	154	186	154	174	135	118	119
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	658,76	425,02	429,68	641,55	599,64
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	132,19	76,95	48,23	123,20	125,90
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	526,58	348,08	381,45	518,35	473,74
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	22,37	19,57	20,45	24,66	19,85
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	636,40	405,45	409,23	616,88	579,79
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	130,83	76,10	47,47	121,58	124,63
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	129,58	75,75	47,33	119,99	123,56
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	1,25	0,35	0,14	1,58	1,07
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,19	0,13	0,12	0,28	0,19
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,05	0,06	0,05	0,03	0,04
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	59,98	52,56	40,63	62,26	41,15
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	433,71	262,95	309,94	416,99	400,21
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,06	0,06	0,05	0,05	0,49
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	10,84	12,89	10,15	15,27	12,93
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,68	0,62	0,74	0,41	0,14
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,07	0,09	0,07	0,03	0,02
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	23,80	29,82	26,97	26,36	25,68	42,36	33,63
Saldo des Strom austauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 378,04	1 549,99	1 471,82	1 773,22	1 650,03
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	2 041,41	1 981,80	1 906,74	2 432,46	2 263,45
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	0,18	0,28	0,21	0,00	0,73	0,00	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	5 723,96	4 705,08	4 158,80	6 900,36	5 016,39	4 339,33	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	5 643,87	4 577,49	4 107,31	6 826,73	5 113,23	4 253,12	...
Handwerk ⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	95	94	.	.	94
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	102	94	.	.	103
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	47 560	47 854	48 213	46 533	46 137	46 916	46 836
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	24 709	25 079	25 614	24 475	24 208	24 583	24 625
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 745	8 638	8 556	8 229	8 294	8 644	8 646
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 887	4 841	5 197	5 048	5 647	4 699	4 561	5 471	4 756
Hochbau insgesamt	1 000	3 163	3 063	3 286	3 174	3 558	2 910	2 753	3 258	2 854
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	2 240	2 138	2 486	1 900	1 850	2 198	1 889
gewerblicher Hochbau	1 000	741	768	794	770	808	759	691	786	728
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	701	733	759	730	755	734	669	754	695
Bahn und Post	1 000	27	19	17	18	24	10	7	7	6
landwirtschaftlicher Bau	1 000	14	17	18	22	29	15	15	25	27
öffentlicher Hochbau	1 000	234	249	252	266	264	251	212	274	237
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	49	64	49	72	62	54	52	75	64
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	185	185	203	194	202	197	160	199	173
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 778	1 911	1 874	2 089	1 789	1 808	2 213	1 902
gewerblicher Tiefbau	1 000	467	468	499	458	505	573	540	647	575
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	372	340	359	348	368	349	362	441	354
Bahn und Post	1 000	95	128	140	110	137	224	178	206	221
öffentlicher Tiefbau	1 000	589	600	632	623	757	563	552	721	603
Straßenbau	1 000	669	710	780	793	827	653	716	845	724
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	210	198	205	191	197	207	209
Löhne	Mill. DM	151	153	162	152	158	146	151	161	159
Gehälter	Mill. DM	46	47	48	46	47	45	46	46	50
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	669	736	819	645	663	744	718

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	1 301	1 157	1 347	1 124	982	981	981
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	1 002	857	1 005	888	764	781	713
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	221	210	257	175	169	136	196
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	78	90	85	61	49	64	72
Umbauter Raum	1000 m³	1 135	1 171	1 394	1 237	1 356	1 167	978	994	1 012
Wohnfläche	1000 m²	199	208	244	215	241	205	174	178	183
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	10 543	9 413	10 391	8 956	7 823	7 801	7 901
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	591	538	590	513	431	437	448
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	3	6	3	12	1	5	1
Unternehmen	Anzahl	159	193	226	141	193	163	178	176	155
Private Haushalte	Anzahl	885	916	1 072	1 010	1 151	949	803	800	825
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	228	213	268	191	171	200	168
Umbauter Raum	1000 m³	919	1 084	1 235	734	1 440	740	846	889	799
Nutzfläche	1000 m²	157	176	195	130	240	115	139	149	112
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	240	183	298	114	257	156	152
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	17	20	27	10	10	9	20
Unternehmen	Anzahl	170	185	196	183	229	168	146	175	142
Private Haushalte	Anzahl	9	9	15	10	12	7	7	7	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	2 196	2 012	2 329	1 768	1 774	1 657	1 665
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 560	3 560	3 357	3 793	4 052	3 450	4 322	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 052	2 074	1 954	2 240	2 270	2 050	2 344	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	241	241	225	289	279	249	303	...
Dänemark	Mill. DM	58	55	65	50	57	57	50	57	...
Finnland	Mill. DM	29	25	26	24	27	28	23	26	...
Frankreich	Mill. DM	483	503	515	469	544	543	501	576	...
Griechenland	Mill. DM	27	27	32	30	30	28	33	35	...
Großbritannien	Mill. DM	293	299	266	282	388	301	277	271	...
Irland	Mill. DM	16	18	18	18	15	21	19	26	...
Italien	Mill. DM	248	281	290	302	319	323	287	348	...
Niederlande	Mill. DM	221	196	190	162	211	205	210	222	...
Österreich	Mill. DM	156	137	147	125	155	160	160	167	...
Schweden	Mill. DM	57	63	64	64	70	75	54	72	...
Spanien	Mill. DM	156	173	188	167	181	214	156	197	...
Portugal	Mill. DM	28	33	31	36	35	37	31	44	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	310	273	277	399	300	441	...
Japan	Mill. DM	72	76	64	64	67	118	56	143	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	437	415	485	499	395	512	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	358	349	344	367	317	438	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 428	2 420	2 256	2 626	2 731	2 692	2 984	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 471	1 469	1 336	1 623	1 662	1 675	1 707	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	237	324	221	241	218	233	315	...
Dänemark	Mill. DM	48	49	51	51	57	68	54	28	...
Finnland	Mill. DM	12	12	16	11	10	9	14	10	...
Frankreich	Mill. DM	390	367	339	302	375	414	436	411	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	2	5	5	1	1	1	...
Großbritannien	Mill. DM	128	107	128	95	125	101	104	102	...
Irland	Mill. DM	21	15	7	14	22	17	15	20	...
Italien	Mill. DM	193	177	173	188	203	176	173	197	...
Niederlande	Mill. DM	289	264	171	236	334	371	315	362	...
Österreich	Mill. DM	96	78	88	63	58	63	82	77	...
Schweden	Mill. DM	48	34	36	22	54	67	40	35	...
Spanien	Mill. DM	106	103	101	105	110	121	168	118	...
Portugal	Mill. DM	27	23	31	23	28	36	40	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	188	212	203	206	215	194	204	...
Japan	Mill. DM	88	76	84	58	89	103	58	94	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	169	162	160	175	212	193	202	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	252	249	264	286	334	481	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	92,7	90,6	90,8	90,5	91,3	91,5	91,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	103,3	98,5	98,8	98,0	99,9	100,3	100,3
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	105,7	97,1	95,8	102,5	99,8	106,0	97,3
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	94,5	95,0	95,2	97,7	96,6	97,6	97,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	103,6	103,8	109,7	123,3	109,6	127,2	113,9
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	87,9	85,3	87,5	82,0	86,8	87,7	88,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	95,2	84,8	88,5	81,2	87,4	88,2	89,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	88,3	96,9	110,9	90,1	97,2	106,6	109,1
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	536	570	536	674	655	422	532	696	712
Ausländer	1000	107	113	101	130	130	83	106	137	151
Übernachtungen	1000	1 671	1 753	1 526	2 005	2 000	1 223	1 632	1 982	2 149
Ausländer	1000	314	333	252	383	367	233	283	369	411
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 343	1 285 ^r	1 297 ^r	1 204	1 281 ^r	1 323 ^r	1 320	1 372	...
Güterversand	1000 t	703	721 ^r	735 ^r	582	724 ^r	954 ^r	795	857	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	...	21 936	23 144	26 422	19 618	23 518	19 091
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	...	1 939	1 935	2 639	2 240	1 953	1 557
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	...	18 557	19 569	22 121	14 918	19 832	16 109
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	...	948	1 119	1 113	981	1 205	986
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	...	289	311	332	281	285	246
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 471	1 829	1 911	1 375	1 552	1 912	1 660
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	8 184	8 463	8 454	8 746	8 283	9 284	7 945
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	1 928	2 393	2 538	1 859	2 082	2 541	2 206
Getötete	Anzahl	32	32	22	30	43	32	42	29	35
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	12	17	23	21	23	11	18
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	5	3	14	2	14	12	12
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	4	4	3	1	2	2
Fußgänger	Anzahl	4	3	2	4	1	5	2	3	2
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	436	553	630	403	442	549	494
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	211	216	308	241	228	270	228
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	114	172	153	57	120	125	134
Radfahrer	Anzahl	47	55	47	82	93	33	43	80	73
Fußgänger	Anzahl	47	49	44	57	48	52	31	52	36
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	85	97	100	143	123	161	142
Angemeldete Forderungen	1000 DM	101 682	67 332	77 710	56 364	38 345	137 854	162 348	72 772	126 634

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	189 388	197 490	-	-	199 966
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	-	-	26 608	25 747	-	-	25 969
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	19 997	18 835	-	-	19 588
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	142 783	152 908	-	-	154 409
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	180 765	186 798	-	-	189 356
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	161 233	167 180	-	-	169 850
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	-	-	19 532	19 618	-	-	19 506
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	8 623	10 692	-	-	10 610
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	142 304	144 140	-	-	141 710
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	28 754	30 989	-	-	30 300
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	39 246	40 237	-	-	40 116
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	-	-	10 922	10 558	-	-	10 650
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	63 382	62 356	-	-	60 644
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	137 597	138 887	-	-	136 500
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	133 750	134 363	-	-	132 347
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	-	-	3 847	4 524	-	-	4 153
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	4 707	5 253	-	-	5 210
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	3 211	4 170	3 899	3 807	3 488	4 848	4 944
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	852	1 834	1 764	1 410	845	2 218	2 070
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	879	1 474	921	854	873	1 502	984
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	-	541	-	-	-	569	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	- 115	- 123	382	51	- 135	- 99	468
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	31	362	77	13	47	355	72
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	18	79	12	15	17	92	17
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	20	-	66	-	-	-	77	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	40	43	372	478	43	368	530
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	-	29	-	-	-	111	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 359	2 337	2 135	2 397	2 643	2 631	2 873
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	673	822	701	538	673	783	714
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 686	1 514	1 434	1 859	1 970	1 848	2 159
Zölle	Mill. DM	200	185	196	168	158	192	217	175	216
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	186	220	239	354	214	276	311
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	118	145	135	243	162	187	198
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	57	64	94	94	40	78	101
Landessteuern	Mill. DM	128	139	134	195	141	153	114	141	133
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	3	6	6	6	4	5	5
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	72	65	70	70	64	76	64
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	7	8	6	6	7	9

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	.	.	855	806	.	.	902
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	.	7	9	.	.	0
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	.	.	181	163	.	.	203
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	.	.	577	576	.	.	619
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	.	.	70	45	.	.	61
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	1 799	2 236	2 124	2 226	1 966	2 628	2 715
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	368	811	784	636	366	998	925
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 220	1 205	1 102	1 235	1 360	1 351	1 479
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	883	1 355	1 230	985	875	1 463	1 358
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	277	725	686	544	272	906	805
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	387	433	402	288	401	406	420
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	.	.	1 246	997	.	.	1 312
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	406	405	.	.	477	505	.	.	503
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	.	.	442	242	.	.	467
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	.	.	50	20	.	.	57
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	104,6	104,7	104,8	106,3	106,3	106,2	106,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	103,1	103,1	102,6	101,1	101,5	101,7	101,8
Löhne und Gehälter ⁴⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	4 565	.	.	.	4 696	.	.
Arbeiter	DM	4 641	4 731	4 709	.	.	.	4 841	.	.
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	3 410	.	.	.	3 497	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	27,55	.	.	.	28,07	.	.
Arbeiter	DM	27,76	28,36	28,33	.	.	.	28,84	.	.
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	30,25	.	.	.	30,86	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	27,13	.	.	.	27,61	.	.
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	23,17	.	.	.	23,62	.	.
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	21,16	.	.	.	21,52	.	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	20,08	.	.	.	20,40	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	38,1	.	.	.	38,5	.	.
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	38,3	.	.	.	38,6	.	.
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	37,0	.	.	.	37,4	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	6 473	.	.	.	6 583	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	5 952	.	.	.	6 038	.	.
Männer	DM	6 763	6 884	6 859	.	.	.	6 979	.	.
Frauen	DM	4 807	4 916	4 889	.	.	.	4 944	.	.
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	6 875	.	.	.	7 021	.	.
Männer	DM	6 886	7 055	7 039	.	.	.	7 186	.	.
Frauen	DM	5 183	5 390	5 333	.	.	.	5 480	.	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	4 689	.	.	.	4 805	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	4 674	.	.	.	4 790	.	.
Männer	DM	5 212	5 308	5 344	.	.	.	5 378	.	.
Frauen	DM	3 934	4 082	4 032	.	.	.	4 191	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	...	82 015	82 014	82 056
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	23 224 ^p	27 910 ^p	48 381 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	65 880 ^p	61 466 ^p	63 517 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	86 475 ^p	67 214 ^p	66 510 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	- 20 595 ^p	- 5 748 ^p	- 2 993 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	4 288	4 145	3 998	4 277	4 141	3 986	3 788
Männer	1 000	2 273	2 160	2 327	2 206	2 104	2 338	2 245	2 127	1 996
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	11,1	10,7	10,2	10,9	10,6	9,8	9,3
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	12,3	11,9	11,4	12,2	11,8	10,8	10,3
Offene Stellen	1 000	422	456	496	508	502	498	536	560	567
Kurzarbeiter	1 000	118	119	167	136	137	121	126	107	97
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 371	6 334	6 332	6 322	6 331	6 333	6 342
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	576	533	505	536	568	502	562
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	213 477	186 615	182 052	199 463	226 752	193 686	224 825
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	73 603	63 142	62 068	72 074	82 794	68 455	80 367
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	120,6	109,1	105,3	114,0 ^f	127,0 ^f	109,1 ^f	124,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	121,1	111,5	107,8	115,8 ^f	127,0 ^f	110,0 ^f	124,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	123,1	109,8	105,0	115,5 ^f	134,8 ^f	112,9 ^f	130,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	129,1	113,5	108,0	126,2 ^f	136,7 ^f	113,1 ^f	135,7
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	110,1	98,7	97,2	99,9 ^f	108,4 ^f	97,6 ^f	109,0
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	44 513	40 563	37 487
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	35 848	32 793	28 697	33 989	33 437
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 088	1 116	1 124	1 006	1 020	1 030	1 039
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	117	121	117	88	102	99	120
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	14 052	15 752	16 381	11 535	14 127	13 823	16 765
Baugenehmigungen ⁸⁾										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	19 646	19 883	20 562	15 481	19 190	15 550	17 761
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	18 101	18 421	19 110	14 515	17 845	14 502	16 514
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 456	3 474	3 594	2 590	3 314	2 693	3 101
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 525	3 509	3 460	2 657	3 414	3 056	3 771
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	37 567	37 331	38 932	26 225	33 703	27 453	31 538
Handel und Gastgewerbe ⁹⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	114,3	104,9	100,8	94,1	109,1	103,9	111,9
Großhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	114,4	99,1	96,7	103,0	120,5	105,3	120,2
Gastgewerbe										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	89,8	92,8	105,3	82,3	90,8	93,7	104,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Februar 2000 ohne Hessen und Hamburg, März, April und Mai 2000 ohne Hamburg. – 9) Vorläufige Ergebnisse. – 10) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	82 005	84 109	80 770	77 140	90 841	101 971	88 508	102 003
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	46 630	46 492	46 658	45 147	53 033	58 269	52 981	57 269
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 578	4 766	4 443	4 373	5 053	6 069	5 226	5 532
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 411	8 996	9 459	9 038	10 667	11 054	10 625	11 834
Großbritannien	Mill. DM	6 780	6 940	7 342	6 835	6 464	8 314	8 507	7 663	8 667
Italien	Mill. DM	5 878	6 112	6 248	6 103	6 274	7 173	7 733	7 042	7 714
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 372	5 276	5 432	5 081	5 927	6 985	6 168	6 264
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	71 090	72 533	69 395	70 476	77 843	91 155	79 123	94 616
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	37 931	38 204	36 858	40 028	40 671	47 684	41 425	49 566
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 736	3 696	3 876	3 796	4 298	4 548	4 048	4 831
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 474	8 107	7 778	7 670	6 768	9 452	8 058	9 252
Großbritannien	Mill. DM	4 724	4 953	4 402	4 304	5 787	5 715	6 988	5 002	6 950
Italien	Mill. DM	5 376	5 278	5 435	4 940	5 661	5 196	6 325	5 741	6 397
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 742	5 372	5 580	5 801	6 765	7 757	7 170	8 477
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	52 478	42 690	44 540	45 448	52 838	43 874	49 921
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	33 746	20 433	20 360	19 179	33 645	21 271	24 705
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	18 401	19 366	20 155	18 747	18 553	19 128	21 009
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	2 740	- 1 685	- 2 366	- 1 713	2 205	- 804	- 1 713
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	18 733	20 465	23 528	26 130	19 132	20 798	24 486
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	14 563	16 232	19 680	21 453	13 958	16 336	18 556
Zölle	Mill. DM	540	519	550	537	489	507	530	494	582
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	11 832	9 666	10 244	10 517	12 655	8 768	14 284
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	1 060	799	929	4 918	844	722	1 040
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	8 476	7 578	8 028	4 351	9 362	6 756	11 746
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	101,8	102,5	102,4	108,2	109,6	110,2	111,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	84,7	83,5	84,0	86,4	88,5	88,3	89,0
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	97,7	98,3	98,3	100,0	100,0	100,4	101,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,3	98,5	-	-	98,7
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,3	98,5	-	-	98,7
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	-	-	95,2	96,8	-	-	97,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	104,4	104,8	104,8	106,2	106,4	106,4	106,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	102,9	103,2	103,2	101,6	101,1	101,5	101,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,5	105,5	105,6	107,4	107,4	107,3	107,4
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,8	101,8	101,9	101,7	102,0	102,0	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	106,4	107,4	107,4	109,2	109,5	109,7	110,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,0	102,1	102,2	102,1	102,2	102,2	102,0
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,4	110,5	110,5	110,6	110,6	110,7	110,8
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	104,9	107,0	106,4	111,7	113,1	112,0	111,9
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	90,0	88,7	88,5	85,8	84,7	84,5	84,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	104,1	101,7	102,1	105,0	104,7	104,3	102,8
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,3	117,2	117,2	119,0	119,1	119,1	118,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	103,7	104,3	104,9	105,3	104,9	105,9	105,6
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,0	104,3	104,5	106,2	106,2	106,4	106,5

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Industriedichte mit großen regionalen Unterschieden

Die Industriedichte, auch als Industrialisierungsgrad bezeichnet, stellt das Verhältnis der tätigen Personen bzw. der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden je 1 000 Einwohner dar. Sie bildet im Grunde auch einen Indikator dafür, wie weit die Bevölkerung eines Gebietes mit Arbeitsplätzen in diesem Wirtschaftsbereich ausgestattet ist. Gemessen an den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten entfielen Ende 1999 im Landesdurchschnitt auf 1 000 Einwohner 77 in der Industrie Beschäftigte.

Die regionalen Unterschiede der Industriedichte sind aufgrund der Bedeutung der chemischen Industrie und des Fahrzeugbaus in einigen südlicheren Verwaltungsbezirken nicht unerheblich. Die kreisfreie Stadt Ludwigshafen lag mit 322 Beschäftigten je 1 000 Einwohner unangefochten an der Spitze. Die Dominanz der chemischen Industrie ist hier ausschlaggebend. Der stark vom Fahrzeugbau geprägte Landkreis Germersheim (140) sowie die Städte Zweibrücken (135), Pirmasens (134), Frankenthal (133) und Kaiserslautern (126) gehörten mit mehr als 100 Beschäftigten je 1 000 Einwohner ebenfalls zur Spitzengruppe.

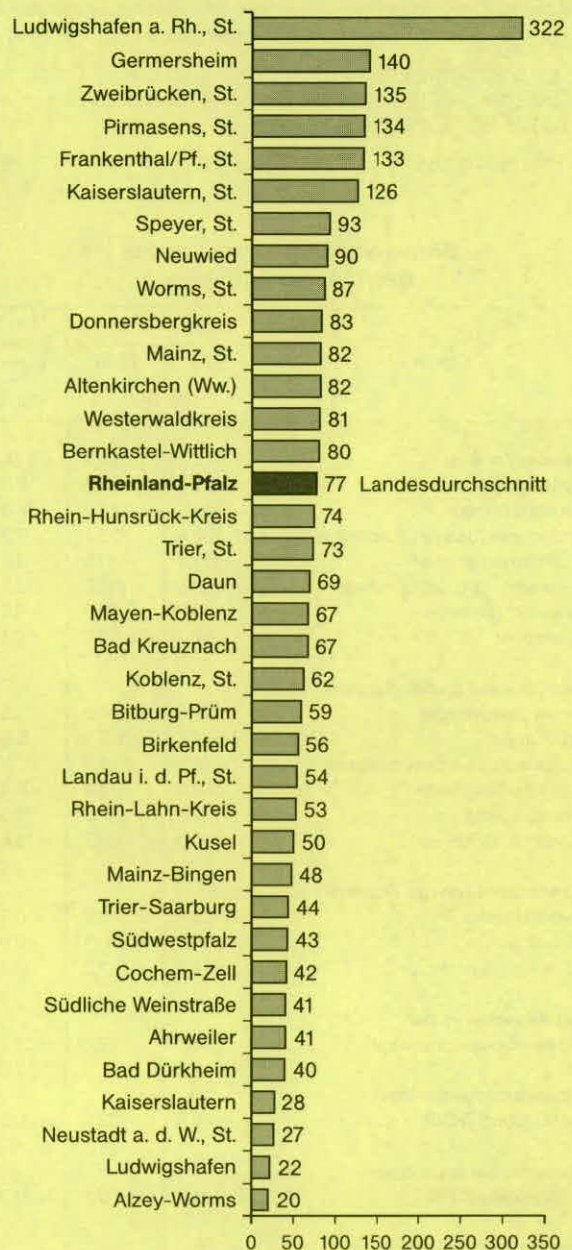
Über dem Landesmittel auf den Plätzen 7 bis 14 folgten die kreisfreie Stadt Speyer (93), der Landkreis Neuwied (90), die kreisfreie Stadt Worms (87), der Donnersbergkreis (83), die Landeshauptstadt Mainz (82), der Landkreis Altenkirchen (82), der Westerwaldkreis (81) und der Landkreis Bernkastel-Wittlich (80).

Am unteren Ende der Skala rangierten vier Verwaltungsbezirke mit deutlich weniger als 40 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Im Einzelnen handelt es sich um den Landkreis Kaiserslautern (28), die kreisfreie Stadt Neustadt a.d. W. (27) und den Landkreis Ludwigshafen (22). Schlusslicht war der Landkreis Alzey-Worms (20). Die Verwaltungsbezirke mit einer niedrigeren Industriedichte liegen entweder in mehr landwirtschaftlich geprägten Regionen bzw. in der Nähe von starken industriellen Einzugszentren oder der Dienstleistungsbereich dominiert das lokale Arbeitskräfteangebot.

Die zwölf kreisfreien Städte insgesamt wiesen einen Industrialisierungsgrad von 126 Beschäftigten auf und übertrafen die 24 Landkreise (60) um mehr als das Doppelte. Ähnliches gilt auch für die acht größten Städte des Landes mit mehr als 50 000 Einwohnern (128). Hierbei handelt es sich meistens um traditionelle Industriestandorte, welche die umliegenden Gebiete mit Arbeitsplätzen versorgen. fu

Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner nach Landkreisen und kreisfreien Städten

(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 87/2000

Kürzlich erschienen:

Schulverzeichnis berufsbildende Schulen und Schulen des Gesundheitswesens

Das Verzeichnis wurde aus der Schulstatistik 1999/2000 erstellt.

Für jede berufsbildende Schule sind folgende Angaben ausgewiesen: die amtliche fünfstellige Schulnummer, die Bezeichnung der Schule mit Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse, Angaben zum Schulträger, zum Rechtsstatus und zu den in der Einrichtung geführten Bildungsgängen bzw. Berufsfeldern nebst deren Organisationsform. Außerdem wurden statistische Eckdaten über Schülerinnen und Schüler sowie Klassen aufgenommen. Für die Schulen des Gesundheitswesens sind nur die Anschriften sowie Telefon- und Telefaxnummern aufgeführt.

Das Verzeichnis ist zum Preis von 13,40 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich. Auf Wunsch können die Daten auch auf Diskette geliefert werden. Die Veröffentlichung kann beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45, Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

**Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung**

Steuerart	Januar - Juli		Ver- ände- rung
	1999	2000	
	Mill. DM		
Landessteuern	1 033,0	952,8	- 7,8
Vermögenssteuer	35,8	36,8	2,6
Erbschaftsteuer	211,3	142,0	- 32,8
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	123,9	102,4	- 17,3
Kraftfahrzeugsteuer	473,1	467,0	- 1,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	127,8	143,5	12,3
Feuerschutzsteuer	11,1	10,9	- 1,0
Biersteuer	50,1	50,1	- 0,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	4 056,5	3 994,0	- 1,5
Lohnsteuer	2 829,5	2 913,9	3,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 86,5	- 55,5	X
Kapitalertragsteuer	360,3	326,4	- 9,4
Zinsabschlag	157,8	161,5	2,3
Körperschaftsteuer	795,3	647,7	- 18,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 723,1	2 912,2	6,9
Umsatzsteuer	2 110,7	2 091,1	- 0,9
Einfuhrumsatzsteuer	612,4	821,2	34,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	55,7	67,6	21,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	26,5	32,0	20,8
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	85,1	103,1	21,2
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	20,5	24,9	21,2
Insgesamt	8 000,5	8 086,6	1,1

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im Juli 2000**

Indexbezeichnung	1995=100	Verän- derung zu Juli 1999 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	107,3	1,9
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,4	-0,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,6	1,8
Bekleidung, Schuhe	102,1	0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	110,2	2,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	-0,1
Gesundheitspflege	110,3	0,3
Verkehr	114,6	6,0
Nachrichtenübermittlung	83,8	-4,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,1	0,9
Bildungswesen	117,8	0,9
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	108,7	1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	106,5	2,1
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	107,1	1,8
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	106,9	1,7
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	107,4	1,6
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	107,4	1,9

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2000 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.